

Korrigierte Version
(Abbildung 1 auf Seite 411)

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2019

408 Editorial von Claus Michelsen et al.

Deutsche Wirtschaft trotz der schlechten Stimmung – Schuldenregeln gehören auf den Prüfstand



410 Bericht von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

Weltwirtschaft und Euroraum: Protektionismus belastet Handel und Investitionen



416 Bericht von Claus Michelsen, Martin Bruns, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

Deutsche Wirtschaft trotz ausgeprägten Unsicherheiten

432 Interview mit Claus Michelsen

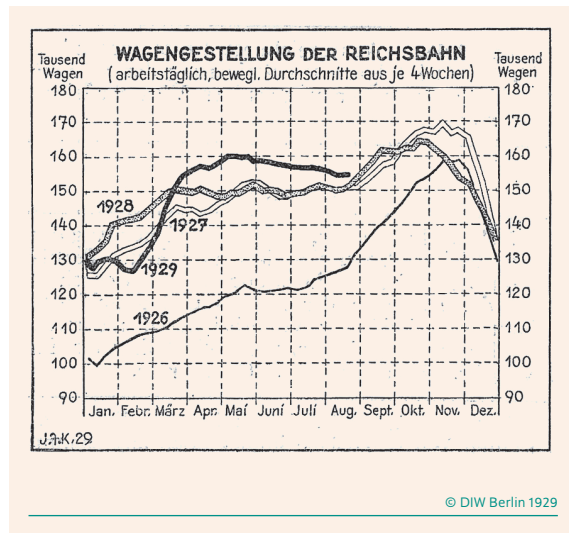
433 Anhang VGR-Tabellen

436 Kommentar von Marius Clemens

Ein Punktesystem würde
Deutschland mehr ausländische
Fachkräfte bringen als das neue
Gesetz



Rückgang der Transportumsätze – Saisonmäßige Zunahme zu erwarten



Die Transportumsätze haben sich in den letzten Monaten vermindert: Seit Juni geht die arbeitstägliche Wagengestellung der Reichsbahn zurück. Dieser Rückgang ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Umsatztätigkeit in der Produktionswirtschaft in dieser Zeit nachgelassen hat. Gemäß den Erfahrungen der letzten Jahre über die Saisonbewegung der Wagengestellung wäre eher eine Zunahme der Transportumsätze zu erwarten gewesen. Normalerweise ist in der Zeit von Juni bis August mit einer Steigerung der arbeitstäglichen Wagengestellung um etwa 3vH zu rechnen. [...]

Aus dem Wochenbericht Nr. 24 vom 11. September 1929

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 13. Juni 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER | Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

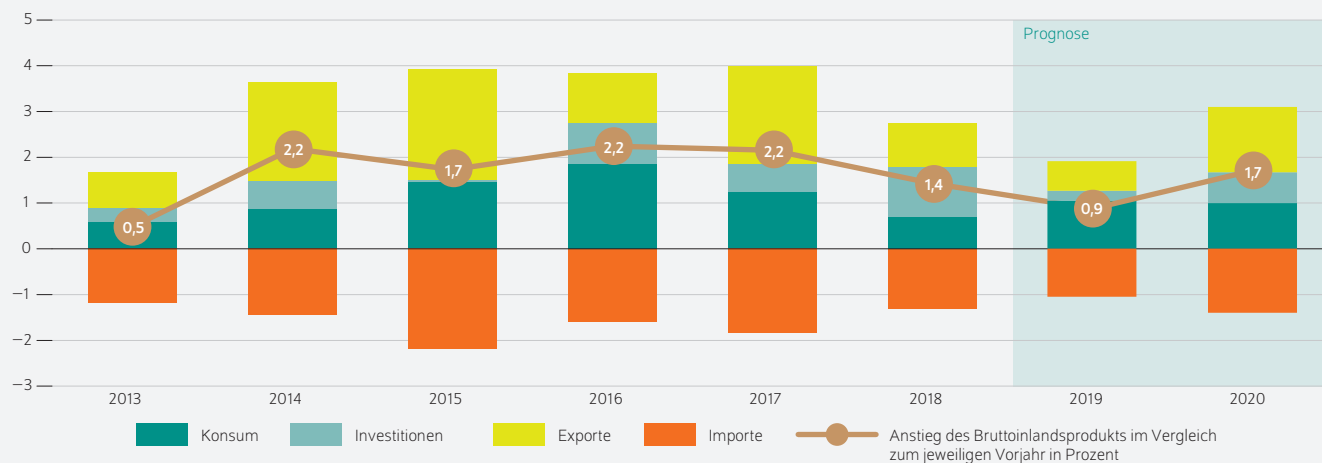
Protektionismus belastet Handel und Investitionen weltweit – Deutsche Wirtschaft trotz Unsicherheiten

Von Claus Michelsen et al.

- Deutsche Wirtschaft in unruhigen Zeiten gut aufgestellt: DIW Berlin prognostiziert BIP-Wachstum von 0,9 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr
- Zollwettlauf zwischen USA und China belastet weltweiten Handel, aber Binnenwirtschaft sorgt in vielen Ländern für Impulse
- Auch in Deutschland trägt Binnenwirtschaft dank starkem privaten Konsum das Wachstum; Dienstleistungssektor profitiert, exportorientierte Industrie strauchelt
- Konjunktur wird sich in Deutschland in den kommenden Monaten weiter leicht abkühlen
- Öffentliche Haushalte mit voraussichtlich 40 Milliarden Überschuss in diesem Jahr und 32 Milliarden im kommenden

Der private Konsum trägt in diesem Jahr das Wachstum in Deutschland, der Außenhandel dämpft im Jahresdurchschnitt

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft steht nicht schlecht da. Aber vor allem exportierende Industrieunternehmen bekommen die weltweite Unsicherheit zu spüren. In diesen Zeiten ist es wichtig, wirtschafts- und finanzpolitisch eine klare Linie zu fahren. In Deutschland sollten die Kommunen, die für viele wichtige Investitionen zuständig sind, finanziell gestärkt werden.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft trotz der schlechten Stimmung – Schuldenregeln gehören auf den Prüfstand

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Martin Bruns, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Malte Rieth und Thore Schlaak

Allen Unkenrufen zum Trotz: Um die deutsche Wirtschaft steht es im Frühsommer des Jahres 2019, dem privaten Konsum und einem starken Arbeitsmarkt sei Dank, gar nicht so schlecht. Auch nicht um die Staatskassen, die gut gefüllt sind und dies erstmal auch bleiben werden. Alles gut also? Nicht ganz. Das konjunkturelle Bild wird sich in den kommenden Monaten eintrüben, vor dem Hintergrund schwelender Handelskonflikte und einer fragilen konjunkturellen Lage weltweit. Und finanzpolitisch muss gehandelt werden. Es ist längst an der Zeit, die kommunalen Finanzen und Aufgaben in Deutschland neu zu ordnen, damit die Kommunen ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge wieder nachkommen können. Auch wenn das heißt, die Schuldenrestriktionen zu lockern und, ja, das Dogma der Schuldenbremse in Frage zu stellen.

Das DIW Berlin hält an seiner Einschätzung aus dem Frühjahr fest: Die Konjunktur wird sich weiterhin recht ordentlich entwickeln. Für das laufende Jahr ist hierzulande mit einem Wachstum von 0,9 Prozent zu rechnen, für das Jahr 2020 mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 1,7 Prozent. Getragen wird das Wachstum vor allem durch die Binnenwirtschaft – das Auslandsgeschäft bleibt vergleichsweise verhalten. Weiterhin lasten die Unsicherheit über Handelskonflikte und die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union auf der Investitionsbereitschaft – die auf den Export von Investitionsgütern spezialisierte deutsche Wirtschaft trifft dies in besonderem Maße.

Nach der Flaute in der zweiten Jahreshälfte 2018 hat die deutsche Wirtschaft wieder Tritt gefasst. Dafür gesorgt haben die florierende Bauwirtschaft, vor allem aber erhebliche finanzpolitische Impulse wie die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dies hat Konsumentinnen und Konsumenten zusätzliche Kaufkraft beschert. Auch die Unternehmen

investierten zu Jahresbeginn äußerst rege in zusätzliche Maschinen und Anlagen. Der finanzpolitische Schub zieht sich durch das gesamte Jahr. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sorgen weiterhin für Einkommenszuwächse: Die Beschäftigung wird weiter aufgebaut, die Arbeitslosigkeit sinkt voraussichtlich auf durchschnittlich 4,6 Prozent im Jahr 2020, den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dies wirkt sich in spürbaren Lohnsteigerungen aus: Real können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Jahr über ein Plus von rund 1,3 Prozent freuen. Weil die Nachfrage aus dem Inland weiterhin robust bleibt, dürften die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Land allmählich wieder Tritt fassen und die mittlerweile vielfach leeren Lager wieder aufgefüllt werden.

Weiterhin Sorge bereitet das außenwirtschaftliche Umfeld – Stichwort Handelskrieg. Der zunehmende Protektionismus dürfte auf dem Wirtschaftsgeschehen lasten, da einerseits die Preise für Konsumentinnen und Konsumenten steigen, andererseits verunsichern die Konflikte die Unternehmen, was deren Investitionsneigung bremst.

Nach wie vor ist die globale konjunkturelle Lage fragil. Die deutschen Unternehmen verfügen zwar über ein beträchtliches Auftragspolster, das die derzeitige Schwäche bei den Neubestellungen weniger dramatisch erscheinen lässt. Sollten allerdings die globalen Handelskonflikte eskalieren und die Probleme innerhalb der Europäischen Union ungelöst bleiben, dann droht ein stärkerer konjunktureller Einbruch.

Unbeeindruckt von den beschriebenen Entwicklungen zeigen sich die Staatsfinanzen. Bereits im ersten Quartal wurden staatliche Einnahmeüberschüsse von rund 19 Milliarden Euro erzielt. Dies liegt vor allem an der sprudelnden Lohnsteuer. Für das Gesamtjahr rechnet das DIW Berlin mit Überschüssen in der Größenordnung von 40 Milliarden Euro

im laufenden Jahr und rund 32 Milliarden Euro im Jahr 2020. Allein im Bundeshaushalt beträgt der Überschuss in diesem Jahr etwa 18 Milliarden Euro. Allerdings kommt bei den Kommunen von diesen Überschüssen nur ein kleiner Teil an. Sie sind aber die wichtigsten öffentlichen Investoren und verantwortlich für die Bereitstellung und den Erhalt eines Großteils der Infrastruktur, die über Jahre vernachlässigt wurde. Hier ist ein Umdenken notwendig. Der Finanzierungsbedarf der Kommunen summiert sich laut KfW aktuell auf über 150 Milliarden Euro.

Damit die Kommunen ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge wieder nachkommen können, ist eine Neustrukturierung der kommunalen Finanzen und Aufgaben wichtig. Hierfür könnte der Bund seine eingesparten Mittel peu à peu für eine Entschuldung der Kommunen einsetzen. Zudem ist denkbar, dass der Bund vor allem konjunkturabhängige Aufgaben und Ausgaben von ihnen übernimmt und das Budget der Städte und Gemeinden somit deutlich weniger schwankungsanfällig werden lässt. Der aktuelle institutionelle Rahmen bietet aber für eine derartige Umgestaltung kaum Raum. Zusätzliche öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sind angesichts der niedrigen Zinsen aber hoch rentabel. Daher wäre es durchaus sinnvoll und erstrebenswert, die Schuldenrestriktionen zu lockern und, zumindest bei durch den Bund finanzierten Projekten, zusätzliche Spielräume zur Nettokreditaufnahme zu eröffnen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Martin Bruns ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22+23+24/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft und Euroraum: Protektionismus belastet Handel und Investitionen

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

ABSTRACT

Die Weltwirtschaft behauptet sich in unsicheren Zeiten: Zwar verdeutlichen mancherorts verhaltene Entwicklungen von Exporten und Investitionen bereits, wie sehr die schwelenden Handelskonflikte und der Protektionismus Gift für die Wirtschaft sein können. Der nach wie vor sehr unsichere Fortgang des Brexit tut sein Übriges. Allerdings stemmt sich die Binnenwirtschaft in vielen Ländern gegen einen Abschwung auf breiter Front. Die Lage auf den Arbeitsmärkten ist insgesamt weiter gut, Beschäftigung und Löhne steigen und veranlassen die privaten Haushalte, das zusätzliche Geld im Portemonnaie zumindest teilweise auch auszugeben. Mit jeweils 3,7 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft erwartet das DIW Berlin für dieses und kommendes Jahr nur eine leichte Entschleunigung der Konjunktur. Damit bleibt die Prognose im Vergleich zum Frühjahr weitgehend stabil.

Die Weltwirtschaft expandierte im Auftaktquartal 2019 wieder etwas kräftiger als zum Ende des Vorjahres. Sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern erhöhte sich das Wachstumstempo etwas (Abbildung 1). Vor allem in den USA und im Euroraum kam die Konjunktur besser in Schwung. Getragen wurde die Entwicklung zumeist von den binnenwirtschaftlichen Kräften. Die Arbeitsmärkte entwickeln sich weiterhin gut und die Konsumentinnen und Konsumenten blicken noch zuversichtlich in die Zukunft. Der Außenhandel und die Investitionstätigkeit der Unternehmen verlief hingegen bereits in weiten Teilen schleppend, in erster Linie aufgrund der durch die schwelenden Handelskonflikte ausgelösten Unsicherheiten.

Dies dürfte sich fortsetzen. Die USA erhöhten im Mai abermals die Zölle auf Importe aus China. Zudem drohten sie mit Schutzmaßnahmen gegenüber europäischen und japanischen Automobilen und Autoteilen. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in den von den Zöllen betroffenen Ländern dürfte der Protektionismus auf dem Wirtschaftsgeschehen lasten. Zum einen werden die Verbraucherpreise wohl weiter steigen, zum anderen zeigen sich Unternehmen zunehmend verunsichert. Teilweise dürften Investitionsentscheidungen zurückgestellt werden, und die nachlassende Außenhandelsdynamik wird wohl die Konjunktur insbesondere in asiatischen und lateinamerikanischen Ländern belasten.

Aufgefangen werden diese Belastungen in den meisten Ländern von einer robusten Konsumnachfrage, so dass die Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung insgesamt nur allmählich zurückgehen. Die Arbeitsmarktlage verbessert sich vielerorts weiter – wenngleich der Beschäftigungsaufbau an Tempo verliert. Die Löhne steigen kräftiger als im vergangenen Jahr, bislang bleiben die Kerninflationsraten zumeist niedrig. Allerdings dürfte die Gesamtteuerung im Prognosezeitraum etwas anziehen, vor allem weil die Energiepreise in Folge der politischen Spannungen im und um den Nahen Osten gestiegen sind.

Für die Zentralbanken ergibt sich kaum Handlungsbedarf. So dürfte die geldpolitische Ausrichtung global expansiv bleiben. Zwar machen sich in den Vereinigten Staaten

die vergangenen Zinsanhebungen aktuell leicht bremsend bemerkbar. Für den weiteren Verlauf ist dort aber eher mit Leitzinssenkungen zu rechnen; zumal, wenn sich die Konjunktur in Folge der Handelskonflikte stärker als angenommen eintrüben sollte. Im Euroraum dürfte die Neuaufgabe der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte die Kreditvergabe an Unternehmen stützen. Mit Leitzinsanhebungen ist auch hier erst für das Ende des Prognosezeitraums zu rechnen.

Die Finanzpolitik dürfte global etwas expansiver als zuletzt ausgerichtet sein. Zwar laufen in den USA die stimulierenden Effekte der Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen langsam aus. Aber in China sowie in großen Ländern des Euroraums dürften die jeweiligen Regierungen schon bald finanzpolitische Stimuli auf den Weg bringen.

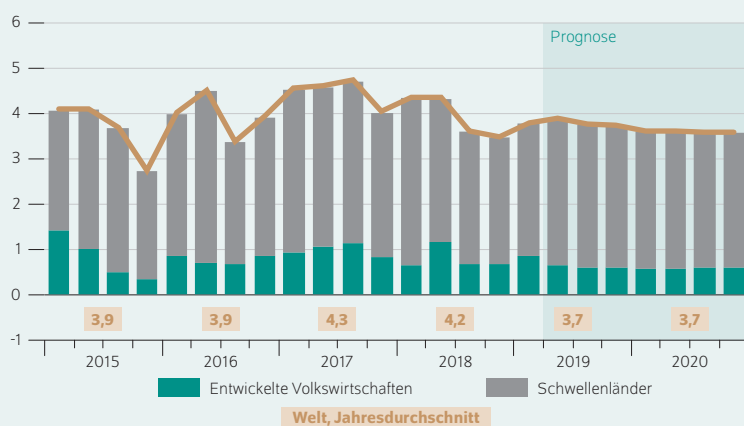
Alles in allem dürfte sich die globale Produktionsausweitung in diesem und im nächsten Jahr auf 3,7 Prozent abschwächen (Tabelle). Das DIW Berlin hält seine Prognose damit weitgehend stabil.

Das größte Risiko für den Ausblick sind die von den USA ausgehenden Handelskonflikte. Sollte sich die Auseinandersetzung mit China verschärfen und sollten Europa sowie Japan noch stärker in einen Zollstreit gezogen werden, dürfte dies die Unternehmensstimmung, den Außenhandel und die Investitionen auch in Europa stärker als bisher belasten. Ein weiteres Risiko stellen die nach wie vor ungeklärten

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Weltwirtschaft behauptet sich in unsicheren Zeiten.

Modalitäten des Brexit dar. Sollte es zu einem ungeordneten Austritt kommen, dürfte hierunter nicht nur die Wirtschaft in Großbritannien, sondern auch die seiner engsten

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Euroraum	2,5	1,7	1,2	1,4	1,4	1,8	1,4	1,7	9,0	8,2	7,7	7,6
ohne Deutschland	2,5	1,8	1,3	1,4	1,4	1,8	1,3	1,5	11,4	10,4	9,9	9,8
Frankreich	2,3	1,6	1,3	1,4	1,1	1,8	1,3	1,6	9,4	9,1	8,6	8,3
Italien	1,8	0,7	0,3	0,7	1,3	1,2	0,9	1,1	11,3	10,6	10,4	10,5
Spanien	3,0	2,6	2,4	1,8	2,0	1,7	1,2	1,7	17,2	15,3	14,2	14,1
Niederlande	3,0	2,6	1,8	1,7	1,3	1,6	2,4	1,8	4,8	3,9	3,5	3,6
Vereinigtes Königreich	1,8	1,4	1,3	1,3	2,7	2,4	2,0	2,0	4,5	4,2	4,1	4,2
USA	2,2	2,9	2,5	1,8	2,1	2,4	1,8	2,0	4,4	3,9	3,7	3,5
Japan	1,9	0,8	1,0	0,8	0,6	0,8	1,0	1,2	2,8	2,5	2,4	2,4
Südkorea	3,1	2,7	1,7	2,4	1,9	1,5	1,1	2,7	3,7	3,8	3,3	3,0
Mittel- und Osteuropa	5,1	4,5	3,8	3,4	1,7	2,2	2,4	2,8	4,6	3,7	3,4	3,3
Türkei	7,4	2,7	-2,5	2,8	11,1	16,4	17,1	16,2	10,9	11,0	14,0	13,5
Russland	1,8	2,0	1,5	1,9	3,5	3,1	4,7	4,1	5,1	4,7	4,4	4,3
China	6,8	6,5	6,2	6,0	1,4	1,7	2,2	2,2	4,0	3,9	3,7	3,7
Indien	6,9	7,4	6,6	6,3	4,0	3,9	5,5	6,1				
Brasilien	1,1	1,1	0,8	1,0	3,4	3,7	4,7	6,5	12,8	12,3	10,2	9,2
Mexiko	2,3	2,0	1,6	1,4	6,0	4,9	4,2	3,2	3,4	3,3	4,8	4,8
Entwickelte Volkswirtschaften	2,3	2,2	1,9	1,5	1,8	2,0	1,6	1,9	5,3	4,8	4,6	4,4
Schwellenländer	5,7	5,6	4,9	5,0	2,9	3,3	4,1	4,4	5,2	5,0	4,8	4,5
Welt	4,3	4,2	3,7	3,7	2,5	2,8	3,1	3,4	5,3	4,9	4,7	4,5

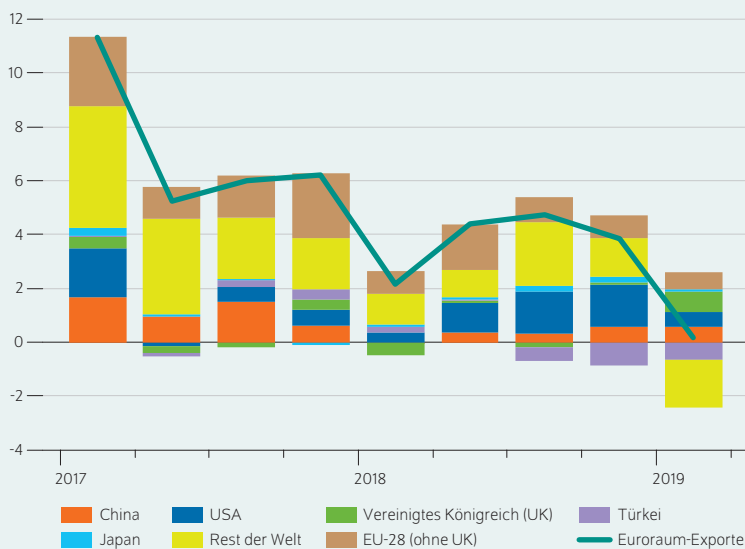
Quelle: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Abbildung 2

Warenexporte des Euroraums

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent, Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat; DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Neben den Handelskonflikten und dem Brexit belastet auch die Entwicklung in den Schwellenländern die Warenexporte des Euroraums zunehmend.

Handelspartner – vor allem auch Deutschlands – leiden. Auch aufgrund des erneut aufflammenden Haushaltsstreits zwischen der EU-Kommission und der italienischen Regierung könnte sich insgesamt die Konjunktur im Euroraum schwächer als erwartet entwickeln.

USA: Handelskonflikte dämpfen Wachstum

Im ersten Quartal hat die Wirtschaft der Vereinigten Staaten kräftig um annualisiert 3,1 Prozent zugelegt. Dies ist auch auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Die Importe haben sich deutlich verringert, nachdem es im Schlussquartal 2018 aufgrund befürchteter Zollerhöhungen noch zu Vorzieheffekten kam. Deshalb trug der Außenhandel in den ersten drei Monaten dieses Jahres per saldo kräftig zum Wachstum bei. Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft wohl weniger deutlich expandieren. Vor allem die Eskalation im Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China belastet das Wachstum.¹ Auch gegenüber anderen Ländern hat

¹ Nachdem sich im Laufe des Frühjahrs 2019 die Positionen der beiden Regierungen zunächst angenähert hatten, kam es im Mai zu einer weiteren Eskalation im Handelskonflikt. Am 10. Mai wurden die US-Sonderzölle auf diverse chinesische Produkte von zehn auf 25 Prozent angehoben. Zudem hat die US-Regierung damit gedroht, auf bislang noch nicht von protektionistischen Maßnahmen betroffene Importe aus China einen Sonderzoll von 25 Prozent zu erheben. China reagierte mit einer Anhebung der Zölle auf verschiedene amerikanische Produkte ab Anfang Juni. Schwer belastet wird die Beziehung zwischen den beiden Ländern zudem durch amerikanische Sanktionen gegenüber dem chinesischen Technologiekonzern Huawei, die mit Sicherheitsbedenken begründet werden.

die US-Regierung die Einführung von Sonderzöllen angedroht.² Diese Entwicklungen dürften die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dämpfen. Zudem laufen die stimulierenden Effekte der im Winter 2017/2018 beschlossenen Steuersenkungen aus.

Vor diesem Hintergrund ist auch mit einer etwas weniger dynamischen Entwicklung am Arbeitsmarkt zu rechnen; in den vergangenen drei Monaten wurden aber durchschnittlich immer noch 151000 neue Stellen geschaffen. Angesichts eines niedrigeren Wirtschaftswachstums und einer geringen Inflation dürfte die Geldpolitik der US-Notenbank etwas expansiver werden. Es ist geplant, den Prozess der Bilanzverkürzung im Herbst des laufenden Jahres zumindest vorläufig zu beenden. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Leitzinsen im Prognosezeitraum geringfügig gesenkt werden. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2019 um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Im Jahr 2020 wird die Wachstumsrate wohl nur noch bei 1,8 Prozent liegen.

Japan: Rückläufige Importe, aber steigende Produktion

Der Produktionszuwachs in Japan zog zum Jahresauftakt leicht an. Das Wachstum lag bei 0,5 Prozent. Dies ist allerdings vor allem auf einen positiven Außenhandelsbeitrag zurückzuführen, da die Importe merklich sanken. Auch die Ausrüstungsinvestitionen waren rückläufig, sodass die heimische Nachfrage insgesamt an Dynamik verlor.

Im Prognosezeitraum dürfte die binnenwirtschaftliche Aktivität das Wachstum stützen, wenngleich weniger stark als zuletzt. Insbesondere die weiterhin anziehende Dynamik der Bauinvestitionen wird die Konjunktur wohl begünstigen. Vorzieheffekte aufgrund einer angekündigten Mehrwertsteueranhebung dürften dem privaten Konsum zunächst Schwung verleihen. Wird die Mehrwertsteuer im Oktober dieses Jahres um zwei Prozentpunkte erhöht, dürfte dies den privaten Verbrauch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums jedoch etwas dämpfen. Daneben wird sich die Auslandsnachfrage wohl trotz in Kraft getretener Handelsabkommen³ nur moderat entwickeln, vor allem aufgrund einer schwächeren Auslandsnachfrage aus China. Insgesamt wird das japanische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl um 1,0 Prozent und im kommenden Jahr um 0,8 Prozent steigen.

China: Finanzpolitik dürfte Binnenwirtschaft ankurbeln

Zu Jahresbeginn verlor die chinesische Konjunktur weiter leicht an Tempo; das Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal um 1,4 Prozent. Dabei fiel der positive

² Der Europäischen Union drohen Sonderzölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile, falls bis Mitte November keine handelspolitische Einigung erfolgt. Auch gegenüber Mexiko haben die Vereinigten Staaten damit gedroht, Sonderzölle zu erheben. Die amerikanische Regierung will damit erreichen, dass Mexiko Migrationsströme aus Zentralamerika in Richtung USA unterbindet. Ob eine Anfang Juni erzielte Einigung dauerhaft Bestand hat, bleibt fraglich.

³ Das transpazifische Handelsabkommen (CPTPP) und das Japan-EU-Free-Trade-Agreement.

Wachstumsbeitrag der Nettoexporte stärker aus als im Schlussquartal 2018. Hingegen schwächte sich die binnenwirtschaftliche Nachfrage etwas ab.

Der private Verbrauch und die Investitionen dürften im Prognosezeitraum aber wieder etwas an Fahrt gewinnen. Vor allem werden wohl umfangreiche finanzpolitische Maßnahmen wie Steuer- und Abgabensenkungen, aber auch Infrastrukturinvestitionen die binnenwirtschaftliche Nachfrage stützen. So sieht der chinesische Haushaltsplan für das laufende Jahr ein Defizit von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor; dies sind 0,2 Prozentpunkte mehr als im letzten Jahr. Der Handelskonflikt mit den USA dürfte die Konjunktur hingegen dämpfen. Die jüngste Verschärfung beinhaltet beidseitige Ausweitungen protektionistischer Maßnahmen. Diese werden die chinesischen Exporte wohl zusätzlich belasten, sodass mit geringeren Wachstumsbeiträgen des Außenhandels zu rechnen ist. Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum mit 6,2 Prozent im Jahr 2019 und 6,0 Prozent im Jahr 2020 etwas an Dynamik verlieren.

Euroraum: Finanzpolitik stützt Binnennachfrage

Das Wirtschaftswachstum im Euroraum gewann im ersten Quartal dieses Jahres etwas an Fahrt. So legte das Bruttoinlandsprodukt zu Jahresbeginn um 0,4 Prozent zu. Gestützt wurde die Expansion vor allem von einem merklichen Anstieg des privaten Verbrauchs. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen hingegen nur moderat.

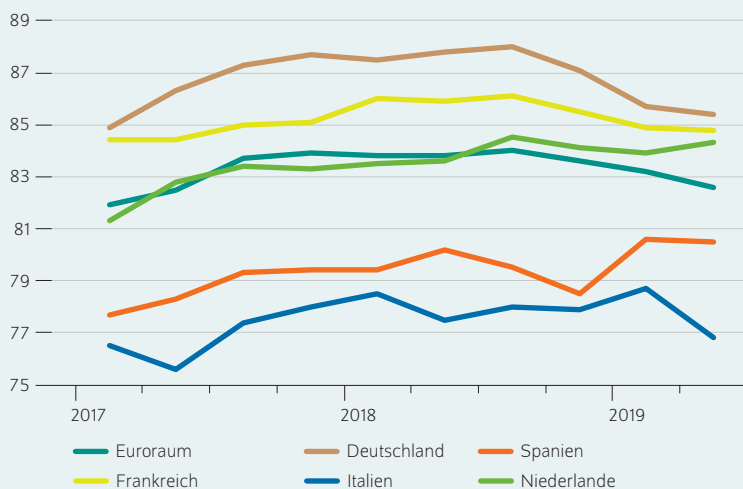
Auch im Prognosezeitraum wird der Außenhandel die Konjunktur im Euroraum zwar stützen, allerdings wird der Wachstumsbeitrag aufgrund verschiedener Unwägbarkeiten in den kommenden Quartalen niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr. Einerseits werden die schwelenden globalen Handelskonflikte die weltwirtschaftliche Nachfrage zunehmend belasten. Daneben dürfte sich auch der weiterhin unklare Fortgang des Brexit sowie die schwächere Entwicklung in einigen Schwellenländern, etwa in der Türkei, wie schon zuletzt negativ auf den europäischen Außenhandel niederschlagen (Abbildung 2). Hingegen wird der anhaltend niedrige Außenwert des Euro die Nachfrage aus Drittländern nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Euroraum wohl begünstigen.

Eine schwächere Auslandsnachfrage dürfte in den kommenden Quartalen auch die Investitionstätigkeit bremsen. Aufgrund der zuletzt rückläufigen Auslastung bestehender Produktionskapazitäten in einigen Mitgliedstaaten (Abbildung 3) und der anhaltend hohen politischen Unsicherheit werden sich Unternehmen mit größeren Investitionsausgaben wohl vorerst zurückhalten. Zur Verunsicherung von Unternehmen und Haushalten dürfte zuletzt neben dem Brexit der erneute Haushaltsstreit zwischen der EU-Kommission und der italienischen Regierung beitragen.⁴ Hingegen dürften weiterhin gute Finanzierungsbedingungen sowie eine insgesamt leicht expansiv ausgerichtete Finanzpolitik

⁴ Die EU-Kommission entschied Anfang Juni, ein Defizitverfahren gegen Italien anzustrengen.

Abbildung 3

Auslastung der Produktionskapazitäten im Euroraum In Prozent



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2019

Die zuletzt rückläufige Kapazitätsauslastung dürfte die Investitionstätigkeit im Euroraum zusätzlich dämpfen.

die Investitionen stützen. Insgesamt wird die Investitionstätigkeit damit wohl positiv zum Wachstum beitragen.

Auch der private Verbrauch wird voraussichtlich durch finanzpolitische Impulse in einigen Mitgliedstaaten begünstigt werden. So dürften die jüngst angekündigten Maßnahmen der französischen Regierung – insbesondere die Anpassung der Einkommensteuer – etwas expansiver wirken als zuletzt erwartet. Für Spanien ist ebenfalls von positiven Wachstumseffekten der Finanzpolitik auszugehen. Allerdings wird es im Zuge der noch ausstehenden Regierungsbildung zu weiteren Anpassungen des Haushaltsentwurfs und zu Verzögerungen beim Haushaltsbeschluss kommen. Die gute Lage auf dem europäischen Arbeitsmarkt dürfte den Verbrauch der privaten Haushalte zudem anregen, wenngleich die zuletzt gestiegenen Ölpreise die Kaufkraft der privaten Haushalte leicht belasten werden. Im Prognosezeitraum dürfte sich der private Konsum somit insgesamt solide entwickeln und die Konjunktur im Euroraum stützen, hierauf deutet eine zuletzt gestiegene Zuversicht der Verbraucherinnen und Verbraucher hin.

Aufgrund der moderaten Preisentwicklung und der geringen konjunkturellen Dynamik wird die Europäische Zentralbank ihren expansiven geldpolitischen Kurs daher wie angekündigt zunächst beibehalten und die Leitzinsen annahmegemäß erst im kommenden Jahr schrittweise erhöhen. Darüber hinaus wird europäischen Banken ab September 2019 im Rahmen der Neuauflage gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) erneut Zugang zu vergünstigten Zentralbankkrediten gewährt werden.

Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum dürfte in diesem Jahr um 1,2 und im kommenden Jahr um 1,4 Prozent steigen.

Vereinigtes Königreich: Unternehmen sichern sich verstärkt gegen Brexit-Risiken ab

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Vereinigten Königreich im ersten Quartal 2019 um 0,5 Prozent gestiegen. Sowohl der private als auch der öffentliche Verbrauch trugen etwas stärker als in den Vorquartalen zur Expansion bei. Der Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen stieg zwar merklich, dazu trugen neben einer erhöhten Investitionstätigkeit des Staates aber vor allem Verzerrungen in der amtlichen Statistik bei.⁵

Aufgrund der neuerlichen Verschiebung des Austrittstermins sowie des angekündigten Rücktritts der britischen Premierministerin dürfte die politische Unsicherheit zunächst hoch bleiben. Die Unternehmen und Haushalte werden sich daher wohl weiter mit größeren Ausgaben zurückhalten; Produktionszuwächse im verarbeitenden Gewerbe dürften – wie in den vergangenen Monaten – zunächst verstärkt in die Lagerbildung fließen. Die Unternehmen sichern sich offenbar gegen mögliche Lieferengpässe infolge eines unregelmäßigen EU-Austritts ab.⁶ Zwar werden die anhaltend hohe Beschäftigung sowie weitere Zuwächse bei den real verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch wohl leicht stützen. Die privaten Haushalte dürften jedoch einen Teil der Einkommenszuwächse zur Ersparnisbildung nutzen. Somit dürften der Preisauftrieb im Prognosezeitraum schwächer als im Vorjahr ausfallen und die Leitzinsen länger als zuletzt erwartet unverändert bleiben. Auch der Außenhandel wird aufgrund einer schwächeren weltwirtschaftlichen Dynamik wohl trotz der Abwertung des britischen Pfund kaum zur Produktion beitragen. Ein Rückgang der politischen Unsicherheit dürfte vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2020 wieder zu höheren Wachstumsraten führen.

Mittel- und Osteuropa: Angespannter Arbeitsmarkt

Außer in Tschechien war das Wachstum in der Region im Auftaktquartal 2019 kräftig. Insbesondere der private Konsum dürfte bei hoher Beschäftigung und steigenden Einkommen zugelegt haben. Die Lage am Arbeitsmarkt spannt

sich jedoch an. Die bislang moderate Teuerung hat in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen; hierauf hat jedoch nur die tschechische Zentralbank mit einer Erhöhung kurzfristiger Zinssätze reagiert.

Im weiteren Verlauf dürften in einigen Ländern der Region auch die Investitionen ausgeweitet werden. Dabei spielt eine Rolle, ob der Abruf von Finanzmitteln aus EU-Investitionsfonds gelingt und zügig erfolgt, was insbesondere in Rumänien in der Vergangenheit nicht der Fall war. Im ersten Quartal haben die Bauinvestitionen in der Region zugelegt. Demgegenüber verlief die Industrieproduktion schwach. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe lag im Mai in Polen und Tschechien erneut unter der Expansionsschwelle. In beiden Ländern sind insbesondere die Auftragseingänge aus dem Ausland gesunken. Im laufenden Jahr dürfte das Wachstum in Mittel- und Osteuropa noch 3,8 Prozent erreichen und sich im Folgejahr auf 3,4 Prozent abschwächen.

Russland: Schwacher Jahresauftakt

Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts hat sich im ersten Quartal 2019 verlangsamt; im Vergleich zum Vorjahreszeitraum betrug die Wachstumsrate nur 0,5 Prozent. Dies ist auch Folge der zum Jahresanfang erhöhten Mehrwertsteuer, die zu einem Anstieg der Teuerungsrate führte; da dieser nur temporär sein dürfte, hat die russische Zentralbank die Leitzinsen nicht erhöht. Die gestiegenen Preise drückten auf die realen Einkommen. Dies dämpfte wahrscheinlich den privaten Konsum; darauf deuten die moderaten Einzelhandelsumsätze während der ersten Monate hin. Die Investitionstätigkeit ist nur leicht gestiegen. Aufgrund einer somit wohl insgesamt gedämpften Inlandsnachfrage haben sich auch die Importe abgeschwächt; die Exporte stagnierten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Im weiteren Verlauf werden die im Vergleich zum Jahresanfang gestiegenen Ölpreise wohl zu höheren Exporterlösen führen. Im Inland gibt es hingegen keine deutlichen Anzeichen für eine größere wirtschaftliche Dynamik: Das Konsumentenvertrauen stieg im Frühjahr nur vorübergehend. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich noch leicht verbessert, die Löhne dürften indes aber nur moderat zunehmen. Die Investitionstätigkeit bleibt wohl schwach. Der finanzpolitische Impuls der sogenannten „Nationalen Projekte“ dürfte gering sein, da diese noch in der Anlaufphase sind. Im Mai ist der Einkaufsmanagerindex im verarbeitenden Gewerbe leicht unter die Expansionsschwelle gesunken; Produktionszuwächse beschränken sich offenbar auf einzelne Industriezweige. Insgesamt wird dieses Jahr das Wachstum wohl 1,5 Prozent betragen und im nächsten Jahr etwas darüber liegen.

⁵ So wurden die Bruttoinvestitionen vor allem durch einen kräftigen Anstieg nichtmonetärer Goldbestände getrieben. Zudem ist der Anstieg der Unternehmensinvestitionen von einer Umstellung der Bilanzierungsmethodik zu Jahresanfang beeinflusst, die zu Revisionen führen kann. Befragungen legen hingegen eine vor allem aufgrund der anhaltend hohen politischen Unsicherheit nur moderate Investitionstätigkeit der Unternehmen nahe. Vgl. etwa Befragungen der britischen Notenbank (online verfügbar hier und hier; abgerufen am 6. Juni 2019).

⁶ Monatliche Umfragen im Rahmen des IHS-Markit-UK-Manufacturing-PMI deuten seit Ende letzten Jahres auf eine höhere Neigung der Unternehmen zu Lagerbildung hin.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22+23+24/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Deutsche Wirtschaft trotz ausgeprägten Unsicherheiten

Von Claus Michelsen, Martin Bruns, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft schwenkt nach einem turbulenten Sommerhalbjahr – schwächeres zweites Quartal gefolgt von einem wohl kräftigeren dritten Quartal – auf ein durchschnittliches Tempo ein und dürfte dieses Jahr um 0,9 Prozent wachsen. Trotz der etwas geringeren Dynamik bleiben die Kapazitäten gut ausgelastet, der Beschäftigungsaufbau setzt sich – wenn auch abgeschwächt – fort und die Nachfrage aus dem Ausland schwächt sich zwar ab, bleibt alles in allem aber recht rege. In diesem Umfeld weiten die Unternehmen auch ihre Investitionen aus, dürften aber aufgrund der drohenden Verwerfungen im globalen Handel vorsichtig disponieren.

Die deutsche Wirtschaft hat nach der Stagnation im zweiten Halbjahr 2018 zum Auftakt dieses Jahres wieder Fahrt aufgenommen (Abbildung 1). Bedingt durch die späten Osterferien wird das zweite Quartal zwar schwächer ausfallen, das dritte Quartal dürfte dies jedoch kompensieren. Im späteren Verlauf dürfte sie mit Raten zulegen, die knapp dem langjährigen Mittel entsprechen (Tabelle 1). Die Kapazitäten bleiben damit ausgelastet (Abbildung 2). Damit bestätigt das DIW Berlin seine Einschätzung aus dem Frühjahr.¹ Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,9 Prozent² zulegen (Abbildung 3). Der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegt jedoch eine Zerteilung in kräftige Impulse aus den Dienstleistungsbereichen auf der einen Seite sowie eine ausgeprägte Industrieflaute auf der anderen Seite zugrunde.

Die Dienstleister profitieren von der Dynamik des inländischen Konsums: Dieser wird getragen vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau und spürbaren Lohnzuwächsen: Im Jahresdurchschnitt 2019 steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 435 000, die Nominallöhne pro Kopf steigen um 2,8 Prozent. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahlen dürfte jedoch an Fahrt verlieren: Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich bei einer Viertelmillion Personen liegen. Die Inflation dürfte mit 1,5 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr weiterhin gering sein, und somit, wie die letzten Jahre auch, keinen allzu dämpfenden Effekt auf die Kaufkraft haben. Finanzpolitische Maßnahmen kurbeln den Konsum der privaten Haushalte dieses Jahr zusätzlich an:³ So haben etwa die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge zum Jahresbeginn die Einkommen und damit die Ausgaben der privaten Haushalte beflügelt. Zur Jahresmitte stehen mit den Rentenausweitungen und der Erhöhung des Kindergeldes weitere Transfers an,

¹ Vgl. Claus Michelsen et al. (2019): Deutsche Wirtschaft derzeit besser als ihr Ruf – Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2019. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar, abgerufen am 5. Juni 2019). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt).

² Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 0,4 Prozent und 1,3 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,3 Prozent und 2,1 Prozent.

³ Siehe zur Berechnung des Konjunkturimpulses Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen, wird aber an Fahrt verlieren – Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2017. DIW Wochenbericht Nr. 50, Kasten 2, 1169f (online verfügbar).

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2019.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,2	0,3	-0,1	0,3	1,2	-0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	-0,3	0,7	-0,3	1,3	-0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	0,6	0,5	0,8	1,1	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	2,2	0,3	0,0	0,7	1,2	1,0	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Bauten	0,9	0,8	0,9	1,0	1,9	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Investitionen	-0,5	0,3	0,2	0,5	-1,1	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	0,1	0,3	0,8	-0,6	-0,6	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,0	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,0	-0,2	-0,9	0,0	0,2	-0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	-0,2	0,8	-0,9	0,6	1,0	-0,9	1,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Import	-0,3	1,5	1,3	0,7	0,7	-0,6	1,2	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,0	0,4	0,1	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung ²⁾	0,3	0,3	-0,1	0,1	0,4	0,0	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-0,6	0,3	-1,3	-0,6	-0,9	-1,0	1,1	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	0,9	1,0	0,8	1,8	0,2	1,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,7	0,7	-0,3	0,4	1,4	0,3	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,9	0,7	-0,4	-0,3	1,0	0,2	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,0	0,7	0,2	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

1 Wachstumbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen, Prognose ab zweitem Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	2,2	2,2	1,4	0,9	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 071	43 642	44 269	44 841	45 276	45 520
Erwerbslose, ILO	1949	1775	1621	1469	1336	1193
Arbeitslose, BA	2795	2691	2533	2340	2233	2116
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,6	4,1	3,8	3,4	3,1	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,4	6,1	5,7	5,2	4,9	4,6
Verbraucherpreise ³	0,5	0,5	1,5	1,8	1,5	1,7
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,2	1,5	2,6	3,3	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	23,9	28,7	34,0	57,3	40,3	31,8
in Prozent des BIP	0,8	0,9	1,0	1,7	1,2	0,9
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,5	8,4	8,0	7,3	7,0	6,9

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; eigene Berechnungen; 2019 und 2020 Prognose des DIW Berlin

© DIW Berlin 2019

die ebenfalls zu Buche schlagen dürften. Für das kommende Jahr sind Maßnahmen mit deutlich geringerer Schlagkraft beschlossen. Alles in allem verliert der Konsum so an Fahrt und damit auch die Produktionsausweitung bei den konsumnahen Dienstleistern.

Die Industrieflaute hängt zum einen mit der seit Herbst schleppenden Produktion der Kfz-Hersteller zusammen: Entgegen dem üblichen Gleichlauf mit den Umsätzen, die kräftig gestiegen sind, fiel sie äußerst verhalten aus. Offenbar konnten Verkäufe aus zuvor aufgestauten Lagerbeständen

getätigt werden.⁴ Die nach und nach abgeschlossene Korrektur zu hoher Lagerbestände dürfte dann mit etwas deutlicheren Produktionsausweitungen einhergehen.

Zum anderen sind die Auftragseingänge auf breiter Front seit geraumer Zeit rückläufig – insbesondere im Maschinenbau sind sie im letzten halben Jahr eingebrochen. Dies dürfte nicht zuletzt an der schwächelnden Nachfrage aus China seit dem Jahreswechsel liegen, die sich aber wohl durch die wirtschaftspolitischen Impulse der chinesischen Regierung im weiteren Jahresverlauf stabilisieren wird.⁵ Dann dürfte sich auch die Auftragslage wieder verbessern und die derzeitige Auftragsflaute nur vorübergehend in einer geringeren Produktion münden: Denn die Industrie zehrt voraussichtlich noch geraume Zeit von den noch immer prall gefüllten Auftragsbüchern.

Hinzu kommt, dass sich die Nachfrage aus dem Ausland bis zuletzt – und auch im Prognosezeitraum – trotz widersprüchlicher Signale und hoher politischer Risiken als bemerkenswert robust erweist. Dies gilt auch für die Unternehmensinvestitionen, die zuletzt sogar kräftig zugelegt haben. Denn nach wie vor sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gut ausgelastet und das aktuelle Zinsumfeld wirkt zusätzlich anregend.

Die Industriekonjunktur dürfte sich im Prognoseverlauf beleben, während die Impulse aus den Dienstleistungsbereichen wohl etwas nachgeben werden. In der Summe bleiben die Zuwächse bei der Wirtschaftsleistung stabil knapp unterhalb des langjährigen Durchschnitts. Das Wachstum wird im Jahresdurchschnitt 2020 mit 1,7 Prozent wieder höher ausfallen (Tabelle 2) – selbst wenn in Rechnung gestellt wird, dass hiervon 0,4 Prozentpunkte auf eine höhere Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind.

Die Risiken bleiben allerdings hoch: Die Modalitäten des Brexit sind ungeklärt; ein ungeordneter Austritt würde besonders die offene deutsche Wirtschaft empfindlich in Mitleidenschaft ziehen. Das größte Risiko sind derzeit die von den USA ausgehenden Handelskonflikte; sollte sich die Auseinandersetzung der USA mit China verschärfen oder die Europäische Union in den Zollstreit hineingezogen werden, dürfte dies die Handelsströme und die Investitionen – auch hierzulande – stärker als bisher belasten.

Inflation bleibt niedrig

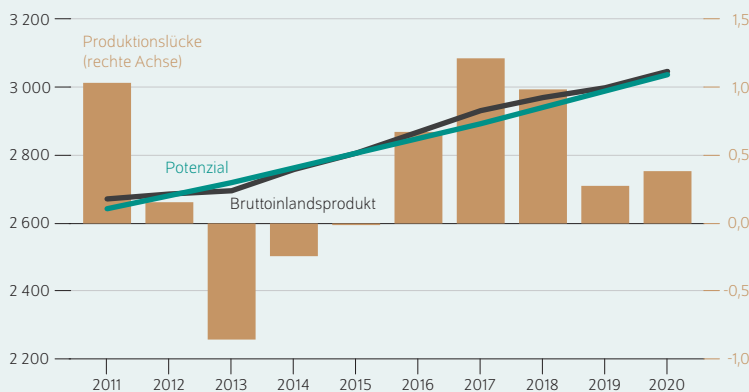
Die Preise steigen kaum. Lediglich die zuletzt wieder kräftig gestiegenen Energiepreise belasten die Kaufkraft, allerdings auch nur im laufenden Quartal (Abbildung 4). Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) legt dagegen kaum zu. Angesichts einer lebhaften Konsumnachfrage und weiterhin gut ausgelasteter Kapazitäten sollten die gestiegenen Produktionskosten – insbesondere die Arbeitskosten, aber teils auch die zuletzt höheren Rohölnotierungen – zwar entlang

⁴ Vgl. hierzu ausführlicher Michelsen et al. (2019), a. a. O. (Kasten 1).

⁵ Vgl. Claus Michelsen et al. (2019): Weltwirtschaft und Euroraum: Protektionismus belastet Handel und Investitionen. DIW Wochenbericht Nr. 24, 410-415.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und Potential beziehungsweise Produktionslücke In Milliarden Euro beziehungsweise Prozent des Potentials



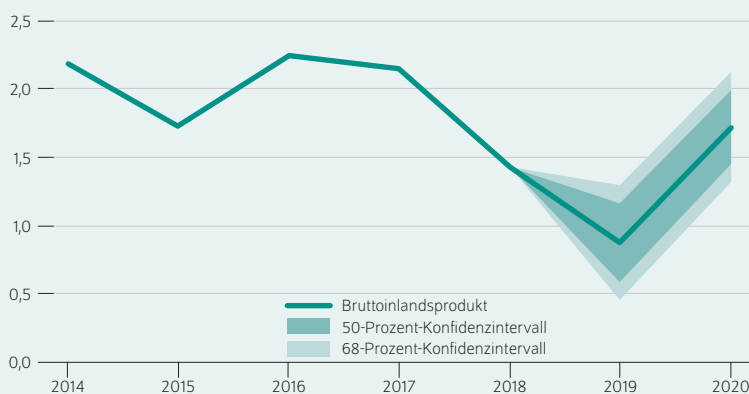
Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2019

© DIW Berlin 2019

Die Kapazitäten bleiben gut ausgelastet.

Abbildung 3

Prognoseintervall für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Prognoseunsicherheit für das Jahr 2019 umfasst den Bereich von 0,4 bis 1,3 Prozent BIP-Wachstum.

der Wertschöpfungsketten nach und nach auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergereicht werden. Unter dem Strich steigt die Kerninflation wohl aber nur leicht, auf 1,6 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr. Da annahmegemäß (Tabelle 3) die Ölpreise im Prognosezeitraum sogar wieder nachgeben, dämpfen die Energiepreise die Teuerung in diesem und im nächsten Jahr; die Inflation bleibt mit 1,5 Prozent in diesem Jahr und 1,7 Prozent im Jahr 2020 weiterhin niedrig.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2018	2019	2020
EZB-Leitzins		0,0	0,0	0,11
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	0,8	1,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,0	0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,18	1,12	1,12
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,9	2,7	1,9
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	71,5	66,8	63,4
Erdölpreis	Euro/Barrel	60,6	59,4	56,6

Quelle: 2019 und 2020 eigene Prognose.

© DIW Berlin 2019

Arbeitsmarkt: Statistische Nacherhebung treibt Arbeitslosigkeit in die Höhe

Im Auftaktquartal des laufenden Jahres waren die trendmäßigen Entwicklungen bei der Beschäftigung ungebrochen: Während sowohl bei der selbstständigen Tätigkeit als auch bei der geringfügigen Beschäftigung Rückgänge zu verzeichnen waren, nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zu. Insbesondere die Beschäftigung des konsumnahen Wirtschaftszweigs Handel, Verkehr und Gastgewerbe stieg angesichts des starken Konsums kräftig. Darüber hinaus gab es deutlich mehr Neueinstellungen bei den Unternehmensdienstleistern, obgleich im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, der sogenannten Leiharbeit, weiterhin Rückgänge zu verzeichnen waren.

Die jüngsten Zahlen deuten auf eine sich verlangsamende Dynamik des Beschäftigungsaufbaus im laufenden Quartal hin. Einerseits dürften zwar im Dienstleistungssektor weiterhin neue Arbeitsplätze entstehen – darauf lassen die ifo Beschäftigungserwartungen dieses Sektors schließen (Abbildung 5). Andererseits signalisiert dieser Indikator im verarbeitenden Gewerbe – einhergehend mit der vorübergehenden Schwächeperiode der Produktion – eine gedämpfte Entwicklung. Zusammengefasst dürfte der Anstieg der Erwerbstätigen im diesem Quartal bei rund 90 000 Personen liegen – das entspricht rund 60 000 Personen weniger als im ersten Quartal. Im weiteren Prognoseverlauf dürften die Zuwächse entsprechend des gemächlicheren Produktionswachstums noch geringer ausfallen (Abbildung 6).

Die Arbeitslosigkeit war im ersten Quartal weiterhin rückläufig. Der Rückgang war im Vergleich zum Vorquartal allerdings etwas schwächer. Ursächlich war in erster Linie die geringere Zahl von Arbeitslosen im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches (SGB) II („Hartz IV“).

Für das laufende Quartal ist hingegen ein kurzzeitiger Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten, denn nach leichten Rückgängen im April waren im Mai 60 000 Personen mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt. Zwar ist der größere Teil dieses Anstiegs auf einen einmaligen Sondereffekt zurückzuführen: Eine Überprüfung des Status der Arbeitsvermittlung bei Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern

Kasten 1**Prognosemodelle**

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Quartal nur verhalten zulegen: Die Industrie kommt noch nicht aus der Talsohle und die Dienstleister können nicht ganz an das kräftige Expansionstempo des Auftaktquartals anknüpfen. Die schwache Entwicklung im zweiten Quartal dürfte indes auch durch die späten Ferien geprägt sein; so dürften viele ArbeitnehmerInnen die Osterfeiertage mit dem ersten Maifeiertag verbunden haben. Dafür spricht auch, dass die vom Verband der Automobilindustrie berichtete Produktion nach einem Rücksetzer im April im Mai deutlich ausgeweitet wurde.

Der private Konsum wird das im ersten Quartal – auch aufgrund der finanzpolitischen Einkommensschübe – erreichte hohe Niveau im zweiten Quartal nicht ganz halten können. Dafür sprechen zumindest die Einzelhandelsumsätze, die zum Quartalsbeginn deutlich gesunken sind; die Umsatzsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen angezogen.

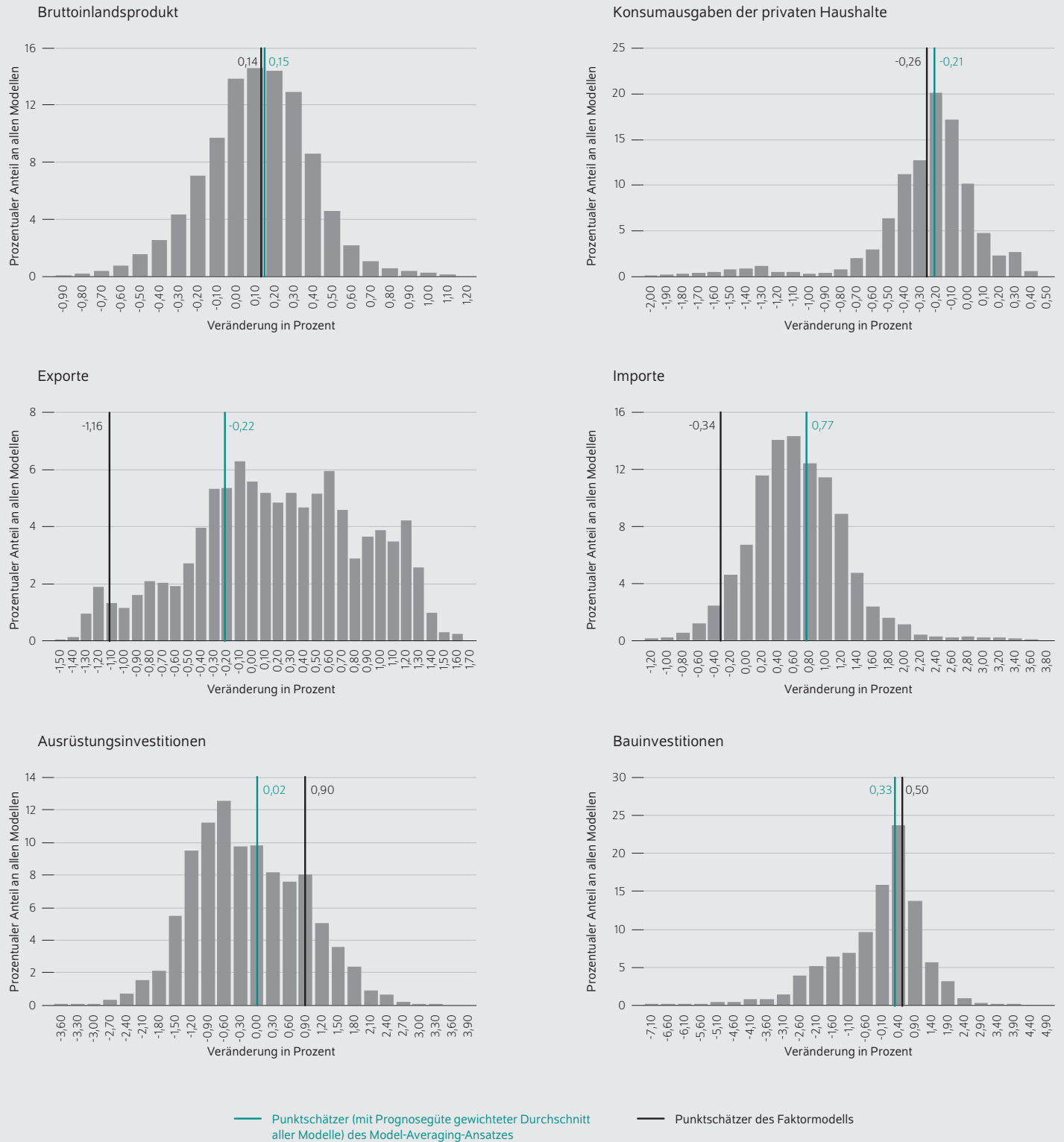
Die Exporte dürften zuletzt vor allem aufgrund des Ferientageeffekts gesunken sein. Die Indikatoren zeichnen ein uneinheitliches Bild: Die Beurteilung des Auftragsbestands für Exporte im Verarbeitenden Gewerbe ist im Mai stark gefallen und auch die Exporterwartungen sind weiter gesunken. Insbesondere die Hersteller von Kraftwagen und -teilen blicken pessimistisch in die Zukunft. Die Exporterwartungen der Hersteller chemischer Erzeugnisse hingegen haben sich wieder aufgehellt. Der Baltic Dry Index, der die Verschiffungskosten von Rohstoffen in der Vorstufe zur Produktion misst und so als Frühindikator für das Volumen des Welthandels und der Weltkonjunktur gilt, steigt nach seinem Tiefpunkt Anfang des Jahres wieder an. Das ifo Welthandelsklima gibt auch wieder positive Signale. Auch die Einfuhren werden im laufenden Quartal sinken; den Rücksetzer im April dürften Zuwächse in den folgenden Monaten entgegenstehen.

Die Indikatoren für die Ausrüstungsinvestitionen lassen leicht positive Zuwächse im zweiten Quartal erwarten. Die Beurteilung der Investitionsgüterhersteller hinsichtlich der Geschäftslage und -erwartungen deuten auf eher schwache Zuwächse hin. Auch die Umsätze der Investitionsgüterhersteller im Inland sind zu Jahresbeginn leicht gesunken. Demgegenüber stehen anhaltend niedrige Zinsen, die die Investitionstätigkeit treiben dürften.

Die starken Bauinvestitionen im ersten Quartal sind vom Wohnungsbau und dem Wirtschaftsbau getrieben. Für das zweite Quartal geben die Indikatoren unterschiedliche Richtungen vor. Einerseits ist der Auftragsbestand weiterhin hoch und auch die Finanzierungskonditionen bleiben aufgrund der niedrigen Zinsen weiterhin günstig. Andererseits gingen die Auftragseingänge zuletzt zurück und auch die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer sind nicht mehr so positiv wie noch zu Jahresende.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer

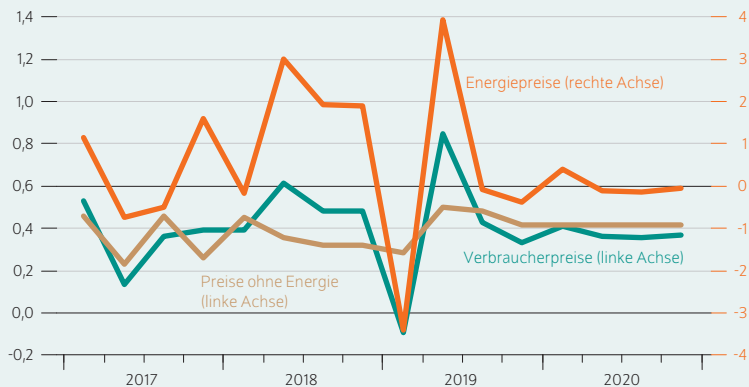


Quelle: DIW Sommergrundlinien 2019.

Abbildung 4

Verbraucherpreise

Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

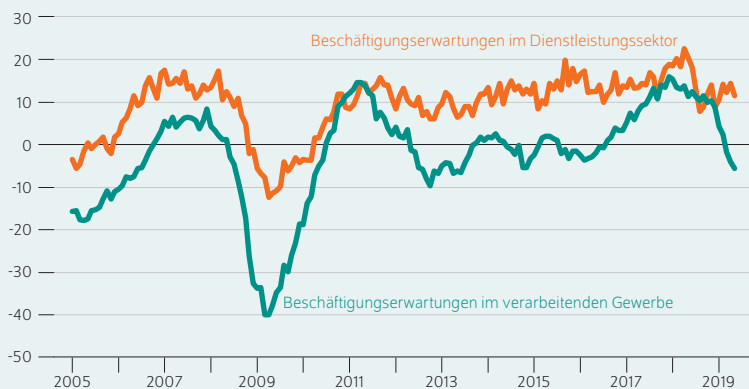
© DIW Berlin 2019

Die Preise ohne Energie steigen nur gemächlich.

Abbildung 5

Ifo Beschäftigtererwartungen

Salden



Quelle: Ifo Institut.

© DIW Berlin 2019

Im verarbeitenden Gewerbe deutet sich eine Verlangsamung der Beschäftigungsentwicklung an.

ergab, dass die Zahl von Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II bislang unterschätzt wurde. Daraus resultierende Korrekturen der Statistik wurden vollständig im Mai durchgeführt.⁶ Auch ungeachtet des Sondereffekts weisen weitere Kurzfristindikatoren, etwa die Arbeitslosigkeitskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarometers oder die Zahl von Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III, auf einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit hin.

⁶ Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit liegt der Anstieg zwischen zwei und drei Prozent des aktuellen Bestands an Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. Für detailliertere Informationen siehe Bundesagentur für Arbeit (2019): Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, in: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Mai 2019 (online verfügbar).

Nichtsdestotrotz bleibt die Nachfrage nach Arbeit grundsätzlich hoch, deshalb dürfte ab Jahresmitte 2019 die Arbeitslosigkeit – gerade auch im Zuge der Erholung im verarbeitenden Gewerbe – wieder sinken. Dieser Entwicklung liegt zugrunde, dass der Beschäftigungsanstieg im Prognosezeitraum über den Zuwächsen des Erwerbspersonenpotentials liegen dürfte, nicht zuletzt, weil bei steigender Erwerbsneigung die Migration weniger kräftig ausfällt als in den Vorjahren (Kasten 2).

Zusammengenommen wird die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr voraussichtlich rund 2,2 Millionen Personen betragen, im kommenden Jahr 2,1 Millionen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent im laufenden und 4,6 Prozent im Jahr 2020.⁷

Die Bruttolöhne pro Kopf dürften im Jahr 2019 moderat, um rund 2,8 Prozent, zulegen und ihr Anstieg damit im Vergleich zum Vorjahr etwas nachlassen. Etwas weniger stark ziehen mit rund 2,6 Prozent die Tarifföhne (inklusive Sonderzahlungen) an.⁸ Im kommenden Jahr bleibt die Lohnentwicklung in etwa stabil: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich bei anhaltend hoher Arbeitskräfteknappheit nach wie vor in einer guten Verhandlungsposition. Allerdings dürften die Arbeitgeber bestrebt sein, die Mehrbelastung aufgrund der Herstellung der Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankversicherung – mit Verweis auf das Plus beim Nettolohn – zum Teil auf die Beschäftigten abzuwälzen. Die bisher erzielten Tarifabschlüsse dagegen, beispielsweise im öffentlichen Dienst oder im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe, legen eine Abschwächung der Tariflohnentwicklung nahe. Hier dürfte unter anderem eine Rolle gespielt haben, dass zuletzt vermehrt nicht-monetäre Leistungen, etwa flexiblere Arbeitszeitregelungen, in den Tarifabschlüssen Berücksichtigung gefunden haben.⁹

In realer Rechnung – gemessen an der Entwicklung der Verbraucherpreise – dürften die Zuwächse der Bruttomonatslöhne in beiden Jahren der Prognose bei etwa 1,3 Prozent liegen. Damit werden sie zwar wohl deutlicher zulegen als die gesamtwirtschaftliche Produktivität, liegen aber unter dem Durchschnitt der Wachstumsraten der vergangenen fünf Jahre.

Privater Verbrauch profitiert von steigenden Einkommen

Trotz spürbarer Einkommenszuwächse hatte der Konsum der privaten Haushalte im zweiten Halbjahr 2018 stagniert, womöglich auch deshalb, weil die schlechteren Nachrichten

⁷ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 4,9 Prozent und 5,0 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,5 Prozent und 4,8 Prozent.

⁸ Für die Jahre 2019 und 2020 liegen bereits für rund 90 beziehungsweise 60 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifvereinbarungen vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent.

⁹ Hierbei ist eine Verlängerung der Zahlung des tariflichen Zusatzgeldes in der metallverarbeitenden Industrie unterstellt.

über die konjunkturellen Aussichten die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher getrübt haben. Andererseits bleiben die Beschäftigungsaussichten günstig und die Einkommen legen weiterhin in der Breite zu. Hinzu kamen zum Jahresauftakt stimulierende Maßnahmen der Bundesregierung, die die Einkommen und letztlich den Konsum einen Schub geben. Für das laufende Quartal ist allerdings nach dem kräftigen Anstieg des privaten Verbrauchs zum Jahresauftakt mit einem leichten Rücksetzer zu rechnen, zumal die Inflation vorübergehend angezogen hat (Kasten 1). Zur Jahresmitte 2019 dürften dann die spürbaren Ausweitungen der Rente den Konsum wieder ankurbeln.

In der Summe legen die Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr mit gut vier Prozent weiterhin spürbar zu, jedoch weniger stark als im vergangenen Jahr. Hier schlagen sich der leichte Tempoverlust beim Beschäftigungsaufbau und die etwas geringeren Lohnzuwächse bereits nieder. Diese Entwicklung dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen; der Zuwachs der Lohnsumme dürfte auf dreieinhalb Prozent zurückgehen. Nach Steuern, Abgaben und Transfers fällt das Plus in diesem Jahr dabei höher aus als brutto; dies liegt maßgeblich an der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge – die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen deswegen außergewöhnlich gering.

Hinzu kommen in diesem Jahr deutlich steigende Sozialleistungen, vor allem wegen der Rentenausweitung zur Jahresmitte. Im kommenden Jahr legen die Sozialleistungen weniger stark aber immer noch deutlich zu.

Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr mit 3,1 Prozent in etwa so kräftig wie im letzten Jahr. Im kommenden Jahr sind es 2,8 Prozent. Unterstellt wird, dass sich die Sparquote im weiteren Verlauf nicht ändert, so dass von dieser Seite – anders als im vergangenen Jahr – keine dämpfenden Effekte auf den Konsum mehr ausgehen. Bei nur geringer Teuerung der Güter und Dienstleistungen für den privaten Konsum steigt dieser real um 1,5 Prozent in diesem und um 1,3 Prozent im kommenden Jahr.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

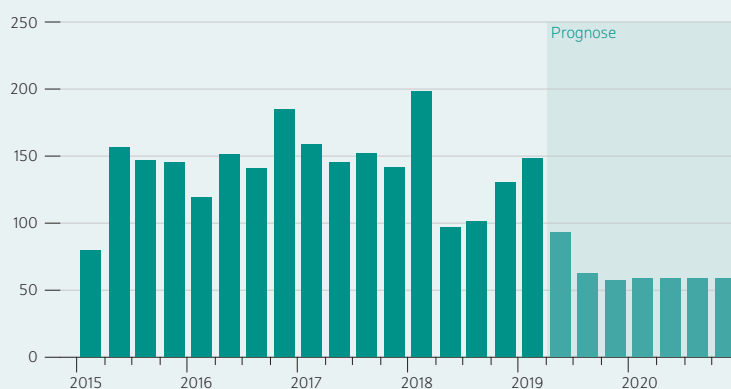
	2018	2016	2017	2018	2019	2020
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,8	5,0	3,0	2,8	3,3	2,8
Nichtwohnungsbau	39,2	2,0	2,9	1,8	5,3	2,7
Gewerblicher Bau	27,3	1,3	3,1	0,6	5,3	2,6
Öffentlicher Bau	12,0	3,9	2,4	4,7	5,3	2,9
Bauinvestitionen	100,0	3,8	2,9	2,4	4,3	2,9
Ausrüstungen		2,3	3,7	4,2	3,1	4,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2019.

Abbildung 6

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Beschäftigungsaufbau hält im Prognosezeitraum an, verlangsamt sich aber spürbar.

Ausrüstungsinvestitionen: Rege Unternehmensinvestitionen trotz Auftragsflaute

Die Investitionen der Unternehmen in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge haben nach einem bereits soliden Jahresende im ersten Quartal sehr kräftig zugelegt. Hierbei kompensierten die dynamischen privaten Investitionen einen starken Rückgang der öffentlichen Investitionen. Ursache hierfür waren vergleichsweise geringere Anschaffungen militärischer Waffensysteme. Die starke Ausweitung der privaten Investitionen ist wohl teilweise auf Nachholeffekte zurückzuführen: Firmen, die ihren Fuhrpark zum Jahresende aufgrund von Lieferschwierigkeiten der Automobilhersteller nicht erneuern konnten, holten diese Investitionen im ersten Quartal nach.

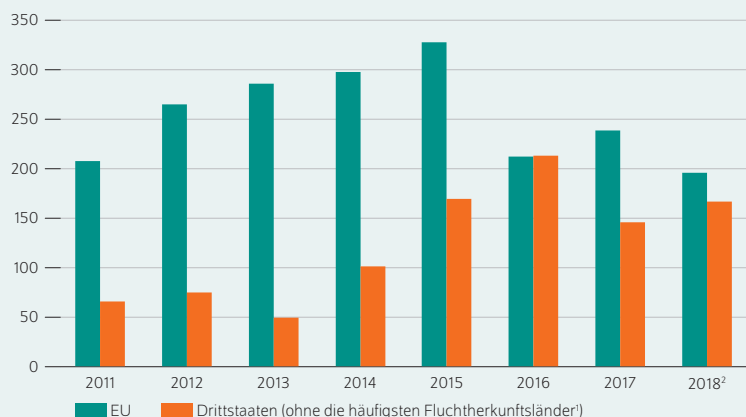
Es ist jedoch trotz der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen für Unternehmenskredite (Abbildung 7) mit

Kasten 2

Zuwanderung

Abbildung 1

Nettozuwanderung nach Deutschland 2011–2018, in Tausend Personen



1 Die acht häufigsten Fluchtherkunftsländer sind Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.
2 Vorläufige Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2018.

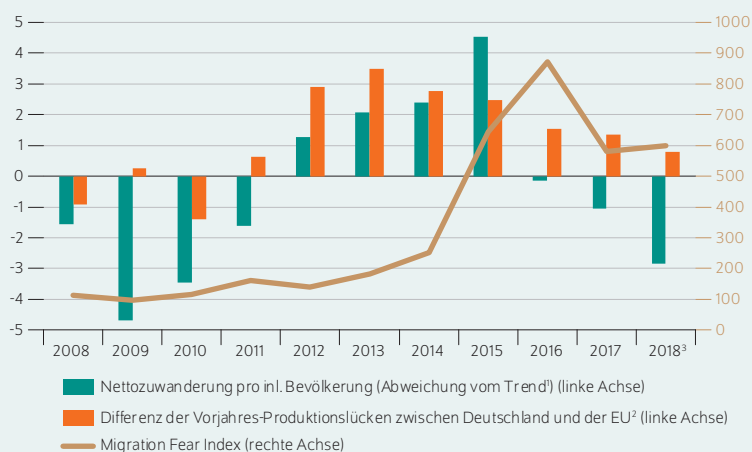
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Die Nettozuwanderung nach Deutschland aus der EU und aus Nicht-EU-Staaten geht zurück.

Abbildung 2

Nettozuwanderung, Konjunktur und Unsicherheit In Prozent (linke Achse), Indexwert (rechte Achse)



1 annualisiert, Berechnung in Quartalsfrequenz mit HP-Filter und Glättungsparameter 1600

2 Produktionslücke Deutschland basiert auf eigener Schätzung, Produktionslücke der EU basiert auf Schätzung der EU Kommission abzgl. Deutschland.

3 Vorläufige Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2018

Quelle: Statistisches Bundesamt, AMECO, DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Eine Ursache für den Rückgang der EU-Zuwanderung ist die Angleichung der Konjunkturzyklen.

Deutschland war in den letzten Jahren ein beliebtes Einwanderungsland. Ohne Berücksichtigung der asylbedingten Zuwanderung sind zwischen 2011 und 2018 im Jahresdurchschnitt 350 000 Personen mit ausländischem Pass mehr nach Deutschland ein- als ausgewandert,¹ rund 40 Prozent davon, um zu arbeiten.² Insbesondere bei Zuwanderern aus den EU-Staaten war der Anteil der Erwerbsmigration sehr hoch. Die Entwicklung der Zahl in- und ausländischer Fachkräfte, d. h. Menschen mit beruflicher Qualifikation, verdeutlicht die volkswirtschaftlichen Gewinne der gesamten Zuwanderung: Ohne die zusätzlichen ausländischen Fachkräfte wäre die Zahl qualifizierter Arbeitskräfte im erwerbsfähigen Alter in Deutschland zwischen 2011 und 2018 jahresdurchschnittlich um 150 000 Personen gesunken.³ Die Anzahl deutscher AkademikerInnen im erwerbsfähigen Alter stieg zwar um 145 000 Personen pro Jahr, gleichzeitig sank jedoch die Anzahl nicht-akademischer Fachkräfte, die vor allem in Ausbildungsberufen gesucht werden, unter den deutschen 15- bis 64-Jährigen um gut 300 000 Personen. Berücksichtigt man hingegen auch die ausländische Erwerbsbevölkerung, erhöht sich pro Jahr nicht nur der Akademikerzuwachs um gut 110 000 Personen, sondern es steigt auch die Anzahl nicht-akademischer Fachkräfte um gut 90 000 Personen und kompensiert damit den Rückgang bei den nicht-akademischen deutschen Fachkräften. Allein diese Fakten deuten darauf hin, dass Deutschland in den letzten Jahren von der Zuwanderung profitiert hat. Modellgestützte Simulationen am DIW Berlin zeigen zudem, dass die EU-Zuwanderung im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 einen positiven Wachstumsbeitrag von jahresdurchschnittlich 0,2 Prozentpunkten geleistet hat.⁴ Die Zuwanderer haben auf Grund der internationalen Einkommensunterschiede grundsätzlich von ihrer Mobilitätsentscheidung profitiert. Allerdings zeigen Studien, dass sie sich verstärkt am unteren Ende der deutschen Einkommensverteilung befinden, nicht nur weil sie zum Teil tatsächlich geringere Qualifikationen mitbringen, sondern auch, weil ausländische Abschlüsse und Zertifikate nicht oder nur unzureichend anerkannt werden.⁵

In Zukunft dürfte Deutschland allerdings nicht mehr in dem Maße wie bisher von den Wanderungsgewinnen profitieren. Der Wanderungssaldo Deutschlands ist zwar weiterhin positiv, geht allerdings seit 2016 zurück, sowohl mit der EU als auch mit Nicht-EU-Staaten

¹ Grundlage sind die Ein- und Auswanderungszahlen nach Staatsangehörigkeit. Siehe Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen.

² Weitere Hauptursachen sind die familiäre Zusammenführung und die Aufnahme eines Studiums bzw. einer Ausbildung; vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2019): Bewegte Zeiten. Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019 (online verfügbar).

³ Siehe Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Fachserie 1 Reihe 2 – Ausländische Bevölkerung – Ergebnissen des Ausländerzentralregisters. Die Werte für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor.

⁴ Vgl. Marius Clemens und Janine Hart (2018): EU-Zuwanderung hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland erhöht, DIW Wochenbericht Nr. 44 (online verfügbar).

⁵ Vgl. Markus Grabka und Jan Goebel (2018): Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, DIW Wochenbericht Nr. 21 (online verfügbar); OECD (2019): How Do OECD countries compare in their attractiveness for talented migrants? Migration Policy Debates, May 2019 (online verfügbar).

(ohne Fluchtherkunftsländer) (Abbildung 1). Hierfür sind insbesondere vier Ursachen verantwortlich: Erstens, gleichen sich die Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklungen Deutschlands und der Heimatländer sowie potenzieller alternativer europäischer Einwanderungsländer wieder stärker an, so dass weniger Menschen kommen und einige wieder in ihre Heimatländer zurück- oder in alternative EU-Zielländer weiterwandern. Zweitens lässt die Zuwanderung aus Rumänien, Bulgarien und Kroatien, für die seit 2014 bzw. 2015 mit Deutschland Arbeitnehmerfreizügigkeit herrscht, allmählich nach. Drittens dürfte bei der Zuwanderung aus Drittstaaten die hohe Unsicherheit bezüglich tatsächlichen Arbeitsplatzchancen sowie Ressentiments gegenüber Zuwanderung dazu geführt haben, dass Deutschland als Zielland unattraktiver geworden ist. Die EU-Nettozuwanderung ist seit 2016 nicht mehr prozyklisch (Abbildung 2). Der Migration Fear Index zeigt an, dass die Angst vor Zuwanderung in Deutschland in den Jahren 2016 und 2017 und Ressentiments gegenüber Zuwanderung stark angestiegen sind.⁶ Viertens werden auch andere Länder in Zukunft vom demografischen Wandel betroffen sein und werden dazu übergehen, zum einen inländische Fachkräfte und AkademikerInnen verstärkt im Inland zu halten und zum anderen um mehr ausländische Fachkräfte und AkademikerInnen durch eine gesteuerte Migrationspolitik zu werben.

⁶ Der Migration Fear Index basiert auf einer Textsuche deutscher Wirtschaftszeitungen nach Stichworten wie Grenzkontrolle, Schengen, offene Grenzen, Migration, Immigration u.a. in Verbindung mit Wörtern wie Angst, Gewalt, Kriminalität. Siehe dazu auch Scott Baker, Nicholas Bloom und Steven Davis (2015): Immigration fears and policy uncertainty. VoxEU (online verfügbar).

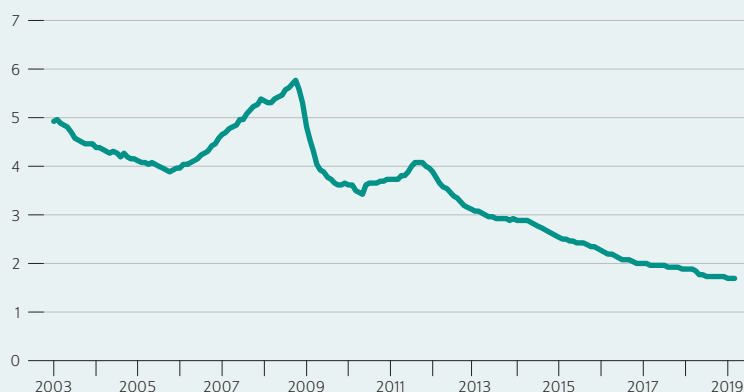
einer leichten Abschwächung der Investitionsdynamik zu rechnen. Der Bestellüberhang, gemessen am Order Capacity Index der Bundesbank, zeigt zwar nach wie vor an, dass die bestehenden Kapazitäten nicht ausreichen, um die Bestellungen abzuwickeln. Allerdings ist der Wert zuletzt merklich gesunken. Die Entspannung bei den Produktionskapazitäten dürfte die Investitionsdynamik der Industrie bremsen. Außerdem sprechen rückläufige Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland, eine deutliche Eintrübung der Geschäftserwartungen im verarbeitenden Gewerbe sowie sinkende Umsatzzahlen im verarbeitenden Gewerbe für eine schwächere Dynamik. Auch die mit dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union verbundenen Unsicherheiten sowie schwelende Handelskonflikte mit den USA dürften dämpfend wirken. Im weiteren Verlauf werden wohl auch sinkende Auslastungsgrade in einigen Wirtschaftsbereichen und eine sich schließende Produktionslücke die Investitionstätigkeit der Unternehmen bremsen.

Für das Jahr 2019 ist dennoch mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 3,1 und für das Jahr 2020, bedingt durch einen hohen statistischen Überhang und zusätzliche Arbeitstage, um 4,0 Prozent zu rechnen.

Abbildung 7

Zinsentwicklung

Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2019

Anhaltend günstige Finanzierungskonditionen für Unternehmen

Bauinvestitionen: Hochkonjunktur hält an

Die Bauinvestitionen legten im ersten Quartal 2019 kräftig zu. Insbesondere der Wirtschaftsbau wirkte stützend. Auch der Wohnungsbau und der öffentliche Bau expandierten merklich. Der positive Jahresauftakt ist auch auf eine recht günstige Witterung zurückzuführen. Das Tempo dürfte allein deshalb, aber auch aufgrund der bereits seit geraumer Zeit stark ausgelasteten Baukapazitäten nicht gehalten werden (Kasten 2). Alles in allem ist die Stimmung bei den Bauunternehmen aber bestens.

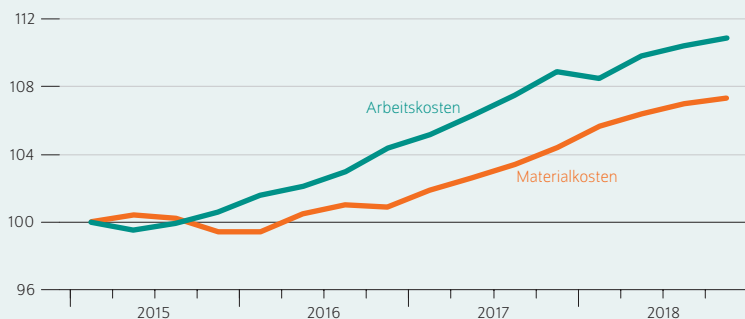
Die Hochkonjunktur wird in allen Bausparten anhalten. Im Wohnungsbau besteht weiterhin ein großer Neubaubedarf vor allem in den Ballungszentren. Der Zuzug in die Städte hält an und die Einkommen der privaten Haushalte steigen weiter recht kräftig. Zuletzt verbesserten sich auch die Finanzierungsbedingungen, und Kredite für Wohnungsbauinvestitionen sind zu historisch günstigen Konditionen zu erhalten. Die Entwicklung der Baugenehmigungen deutet aber darauf hin, dass das reale Wachstum im Bereich des Neubaus allmählich seinen Zenit erreichen wird. Die Stückzahlen neu genehmigter Wohnungen stagnieren seit nunmehr gut zweieinhalb Jahren. Nur geringe Impulse dürften vom Baukindergeld ausgehen, das vorwiegend für den Erwerb bestehender Immobilien genutzt wird.

Im Wirtschaftsbau macht sich perspektivisch die langsamere Gangart der Konjunktur bemerkbar. Impulse sind vor allem von der Bautätigkeit binnenwirtschaftlich orientierter Wirtschaftszweige zu erwarten, d. h. vor allem im Bereich der Handels- und Lagergebäude, aber auch bei Büro- und Verwaltungsgebäuden. Die exportorientierten Industrieunternehmen dürften sich mit neuen Bauvorhaben eher zurückhalten. Die Auftragsentwicklung deutet darüber hinaus auf

Abbildung 8

Baukosten

Index, 2015=100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2019

Kosten in der Bauwirtschaft nehmen rasant zu.

Impulse beim gewerblichen Tiefbau hin, unter den auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur und Investitionen der Bahn gefasst werden. Wie auch für die Ausrüstungsinvestitionen gilt, dass die Unternehmen nach wie vor zu günstigen Konditionen Kredite beziehen können.

Der öffentliche Bau dürfte von der Ausweitung der kommunalen Investitionen und den zusätzlichen Mitteln des Bundes profitieren. Vor allem die Auftragslage im Bereich des Straßenbaus lässt hier Impulse erwarten. Alles in allem ist für das Jahr 2019 mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um 4,3 und für das Jahr 2020 um 2,9 Prozent zu rechnen (Tabelle 4).

Die Preise für Bauinvestitionen dürften weiter kräftig zulegen. Dafür sprechen die langen Wartezeiten für HandwerkerInnen, die deutlich machen, in welcher guten Position die Unternehmen sind. Dies dürfte sich vor allem in steigenden Gewinnen niederschlagen. Aber auch die Baukosten dürften ihren Aufwärtstrend fortsetzen, sowohl bei den Materialkosten, als auch bei den Arbeitskosten (Abbildung 8). Für das Jahr 2019 ist mit einem Preisanstieg von 4,7 und für das Jahr 2020 von 3,7 Prozent zu rechnen.

Außenhandel: Exporte bleiben aufwärtsgerichtet, Handelskonflikte belasten

Die Importe sind im Auftaktquartal um 0,7 Prozent gestiegen. Die Einfuhren von Waren, vor allem von Investitions- und Konsumgütern, waren die Haupttreiber dieser Entwicklung. Die Exporte zeigten sich gestärkt: Dabei geht das Plus von einem Prozent im Wesentlichen auf einen Zuwachs der Warenausfuhr zurück.

Im laufenden Quartal dürften die Exporte zurückgehen, auch bedingt durch die späten Osterfeiertage (Kasten 1).

Die Auslandsnachfrage bleibt jedoch klar aufwärtsgerichtet, wenngleich mit sich abschwächenden Wachstumsraten.

Der sich verschärfende Handelsstreit zwischen den USA und China und seit kurzem auch zwischen den USA und Mexiko bedeutet für den deutschen Außenhandel Widersprüchliches: Einerseits trifft ein Rückgang des Welthandels als Folge von Zurückhaltung bei Haushalten und Produzenten die stark exportorientierte Industrie in Deutschland unmittelbar. Andererseits könnten die eingeführten Zölle die Güternachfrage auf deutsche Produkte umleiten, die dann relativ gesehen günstiger sind. Gleichzeitig ist aber auch denkbar, dass sowohl die USA als auch China Produkte, die sie nun nicht mehr im jeweils anderen Land absetzen können, zu reduzierten Preisen auf dem Weltmarkt anbieten und dadurch zusätzliche Konkurrenz für hiesige Produzenten entsteht. Der Gesamteffekt auf die deutschen Exporte dürfte aus einer Mischung dieser Effekte bestehen. Im weiteren Prognosezeitraum ist daher vorerst nicht mit stärkeren Schwankungen, wohl aber – im Einklang mit der sich langsam eintrübenden Weltkonjunktur – etwas schwächeren Zuwachsraten zu rechnen.

Die Einfuhren dürften im zweiten Quartal ebenfalls sinken, vor allem aufgrund des Ferientageeffekts. Im weiteren Verlauf regt die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen finanzpolitischen Maßnahmen den heimischen Konsum an. Dies dürfte sich auch in einer regen Importnachfrage widerspiegeln: Die Zuwachsraten liegen dann in etwa auf dem Niveau der Exporte, sodass der Außenbeitrag neutral ausfällt.

Die Einfuhrpreise sanken im ersten Quartal, getrieben von gesunkenen Energiekosten, deutlich. Im Gegensatz dazu zogen die Ausfuhrpreise etwas an, was in der Summe eine Verbesserung der Terms of Trade nach sich zog. Für das zweite Quartal ist aufgrund wieder anziehender Importpreise, aber weiterhin nur verhalten steigender Exportpreise, mit einer Verschlechterung der Terms of Trade zu rechnen. Im weiteren Prognoseverlauf lassen diese Effekte nach, sodass die Terms of Trade im kommenden Jahr in etwa neutral ausfallen.

Öffentliche Finanzen: Weiterhin erhebliche Überschüsse

Im ersten Quartal Jahr 2019 erzielte der Staat einen finanziellen Überschuss in Höhe von gut 19 Milliarden Euro, um eineinhalb Milliarden höher als im ersten Quartal des Vorjahres. Rund drei Viertel gehen dabei auf Überschüsse der Gebietskörperschaften zurück.

Im Prognosezeitraum dürfte der Finanzierungssaldo weiter positiv bleiben, denn der Staat wird wohl trotz einer im Vergleich zum Jahr 2018 etwas schwächeren wirtschaftlichen Grunddynamik sowie einer Reihe von durchgeführten und geplanten expansiv wirkenden Maßnahmen (Tabelle 5) weiterhin finanzielle Überschüsse generieren (Tabelle 6).

Tabelle 5

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2018

	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–2,8
Erhöhung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag 2017 und 2018, Verschiebung der Tarifeckwerte	–0,4	–0,5
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³ (vergangene Bundesregierung)	–1,6	–1,7
Erhöhung des Grundfreibetrags	–1,0	–2,9
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020		–0,3
Tarifverschiebung 2019 und 2020	–2,0	–4,2
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	–0,6	–0,8
Kfz-Steuer: Abgaswertneuberechnung	0,1	0,2
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,7	1,8
Rückführung der Fluchthilfemaßnahmen	0,2	0,3
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,3	7,5
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019	–5,9	–6,1
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Juli 2019	–0,2	–0,4
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,8	–0,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Bundesteilhabegesetz bei Menschen mit Behinderung		–0,3
Einsparung bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz	0,1	0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	–0,9	–0,9
Gute-Kita-Gesetz	–0,5	–1,0
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern		0,2
Baukindergeld	–0,6	–0,9
Starke-Familien-Gesetz	–0,2	–1,0
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Prozent/Monat ab dem 1. Juli 2019	–1,1	–1,9
Aufstockung des BAFöG/Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,2	–0,6
Teilhabechancengesetz	–0,6	–0,7
Familiengeld und Kindergartenzuschuss in Bayern	–0,4	–0,5
Verteidigung	–3,0	–3,7
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	–0,8	–0,8
Mehrpersoneleinnahme innere Sicherheit	–0,3	–0,6
Investive Ausgaben ⁴	–1,4	–3,2
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung ⁵	–0,7	–0,9
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	–0,1	–0,1
Anpassung Renten Ost	–0,4	–1,0
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	–0,1	–0,3
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	–1,4	–1,4
Mütterrente II	–3,8	–3,9
Pflegepersonalstärkungsgesetz	–1,7	–2,1
Insgesamt		
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,7	–1,0

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.² Die Wirkungen von Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.³ Steuerrechtsänderungen: u.a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken mit Rechtsüberlassungen, Neuregelungen der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Betriebsrentenstärkungsgesetz.⁴ Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Kommunalinvestitionsförderungsfonds.⁵ Reform der Struktur der Krankenhausversorgung, Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Quelle: Bundesregierung, DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Steuereinnahmen zeichnen dabei das widersprüchliche Bild der aktuellen konjunkturellen Situation nach. Die Lohnsteuereinnahmen dürften in diesem und nächsten Jahr weiterhin kräftig ansteigen. Allerdings werden sie wohl durch eine Reihe von verschiedenen Maßnahmen, wie die Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge, die Erhöhung des Beitragssatzes der sozialen Pflegeversicherung und einer

Verschiebung der Tarifeckwerte insbesondere im Jahr 2020 schwächer wachsen als im letzten Jahr. Die Unternehmenssteuern, insbesondere die Körperschafts- und Gewerbesteuer, dürften hingegen nach Gewinneinbußen der Unternehmen in der ersten Jahreshälfte die Jahreseinnahmen dämpfen. Im nächsten Jahr werden sie wieder positiv zum Einnahmenezuwachs beitragen. Die Sozialbeiträge werden

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2010 bis 2020

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen		
2010	43,0	21,4	16,5	47,3	2,5	2,3	−4,2	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	−1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	−0,1	8,6
2014	44,5	22,7	16,4	44,0	1,6	2,0	0,6	7,0
2015	44,5	22,9	16,4	43,7	1,4	2,1	0,8	6,1
2016	44,8	23,2	16,6	43,9	1,2	2,2	0,9	5,1
2017	45,0	23,4	16,7	43,9	1,0	2,2	1,0	4,4
2018	45,6	23,7	16,9	43,9	0,9	2,3	1,7	3,9
2019	45,8	23,6	17,1	44,6	0,9	2,5	1,2	3,6
2020	45,7	23,5	17,2	44,8	0,8	2,5	0,9	3,4

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, DIW Sommergrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

von verschiedenen – sich teilweise kompensierenden – Effekten beeinflusst: Im laufenden Jahr steht der Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Gleichzeitig reduziert sich der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen im Prognosezeitraum jahresdurchschnittlich um gut drei Prozent zunehmen.

Auf der Ausgabenseite werden die Arbeitnehmerentgelte des Staates aufgrund von Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus im öffentlichen Sektor weiter deutlich expandieren, die sozialen Sachleistungen in der Summe dagegen vergleichsweise moderat. Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr infolge von Leistungsausweitungen wie der Erweiterung der Mütterrente und der Erhöhung des Kindergeldes ansteigen. Die anhaltend gute Arbeitsmarktlage dämpft hingegen bisher noch die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld II. Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden infolge erhöhter öffentlicher Bautätigkeit dynamisch zunehmen. Auch bei den Vorleistungen ist ein deutlicher Anstieg zu erwarten, denn viele Maßnahmen wie der Digitalpakt werden hier verrechnet. Entscheidend für die weitere Entwicklung der staatlichen Ausgaben dürften auch die weiterhin sinkenden Zinsausgaben sein. Denn selbst wenn das allgemeine Zinsniveau zum Ende des Prognosezeitraums leicht ansteigen wird, werden auslaufende Bundesanleihen mit

hohen Kuponzahlungen durch Anleihen mit günstigeren Konditionen ersetzt. Allerdings läuft dieser Effekt in den nächsten Jahren aus, so dass sich der Rückgang der Zinsausgaben weiter verlangsamt.

Alles in allem wird der Staat damit in 2019 und 2020 trotz expansiver Ausrichtung weiterhin Überschüsse erwirtschaften. Diese sinken jedoch auf rund 40 Milliarden im Jahr 2019 und 32 Milliarden im Jahr 2020, bzw. 1,2 und 0,9 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Der Großteil der Überschüsse in Höhe von 45 Prozent im Jahr 2019 bzw. 48 Prozent im Jahr 2020 dürfte in den Bundeshaushalt fließen.

Nach Bereinigung um konjunkturelle und Einmaleffekte wird der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2019 gut 34 Milliarden Euro (bzw. 1,3 Prozent in Relation zum Produktionspotential) betragen und im Jahr 2020 auf 24,5 Milliarden Euro (bzw. 0,7 Prozent in Relation zum Produktionspotential) sinken.¹⁰ Der Bruttoschuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte damit bis 2020 auf 55 Prozent sinken und damit deutlich unterhalb des Maastricht-Referenzwertes liegen.

¹⁰ Die strukturellen Werte wurden mit einer Budgetsemielastizität von 0,504 berechnet. Vgl. Gilles Mourre, Aurélien Poissonnier und Martin Laussegger (2019): The Semi-Elasticities Underlying the Cyclical-Adjusted Budget Balance: An Update & Further Analysis, European Economy Discussion Paper 098, European Commission, May 2019 (online verfügbar).

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22+23+24/2019:

www.diw.de/diw_weekly

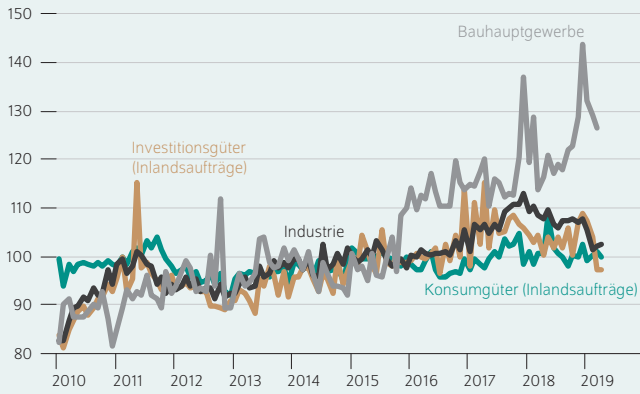


Abbildung 9

Konjunkturindikatoren für Deutschland

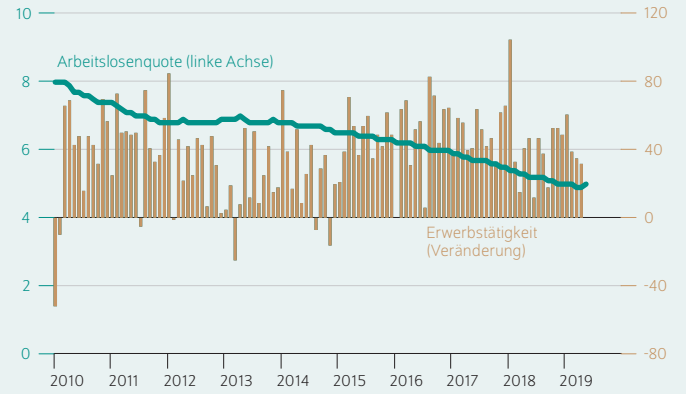
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



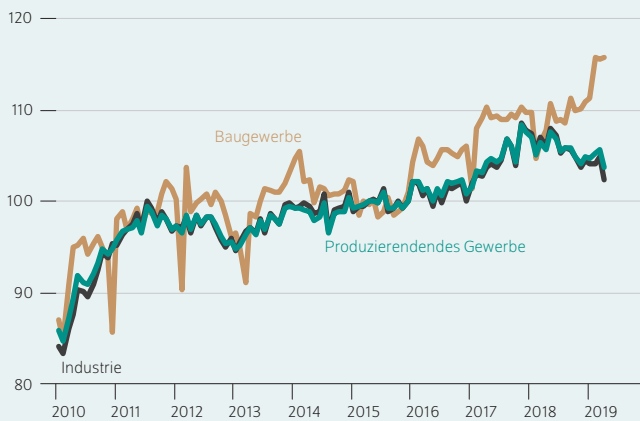
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



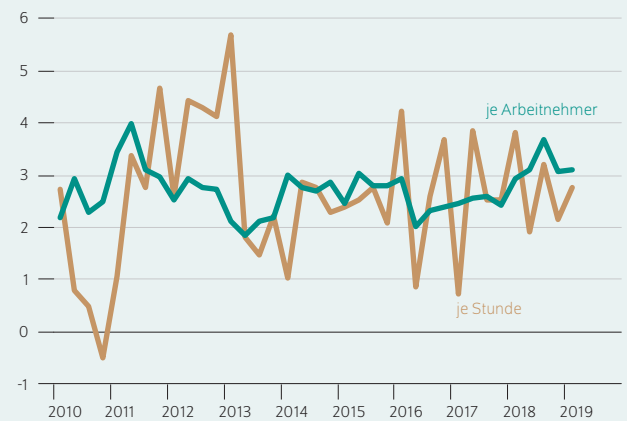
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



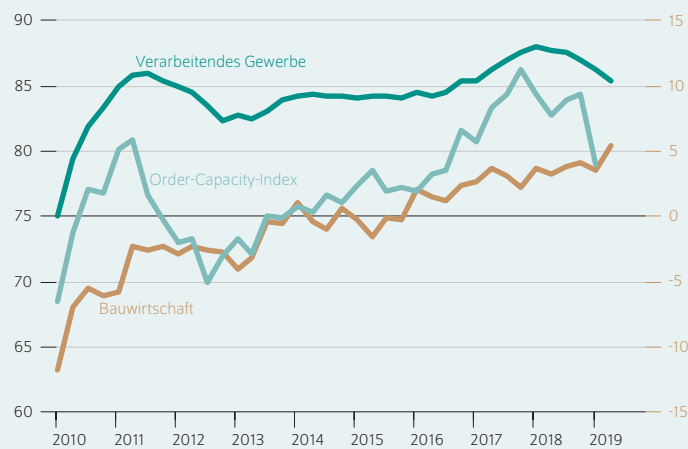
4. Löhne

Veränderung in Prozent



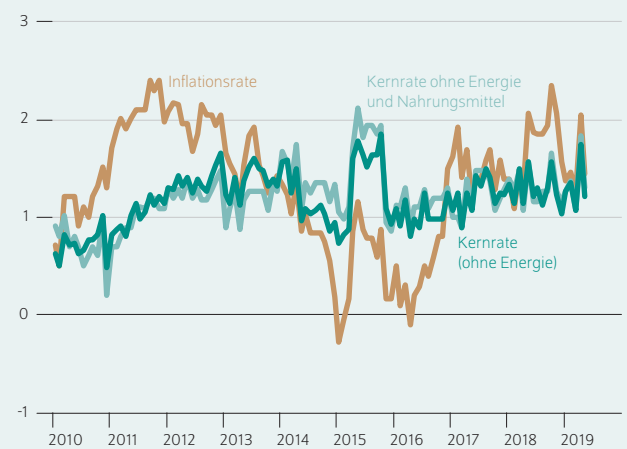
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

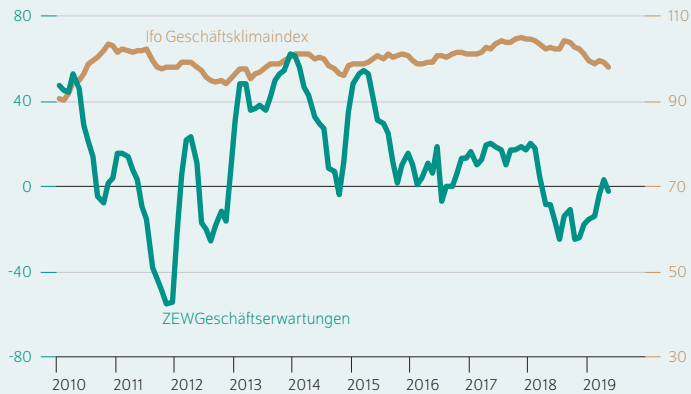
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

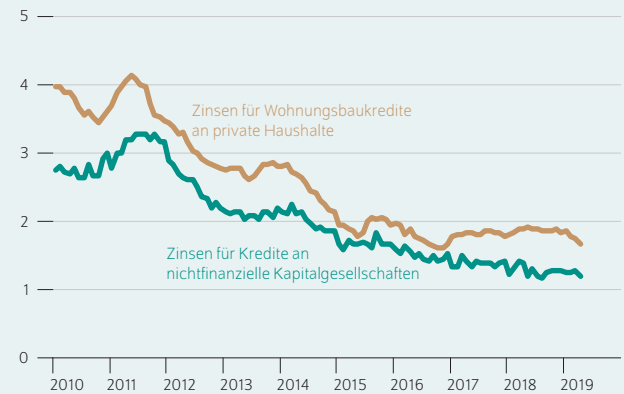
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



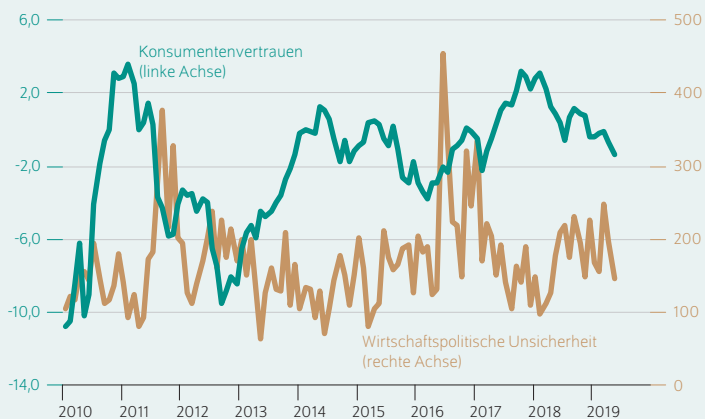
8. Zinsen

In Prozent



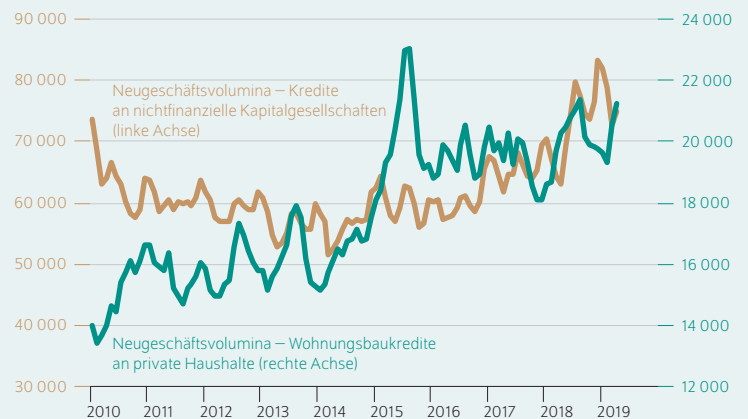
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



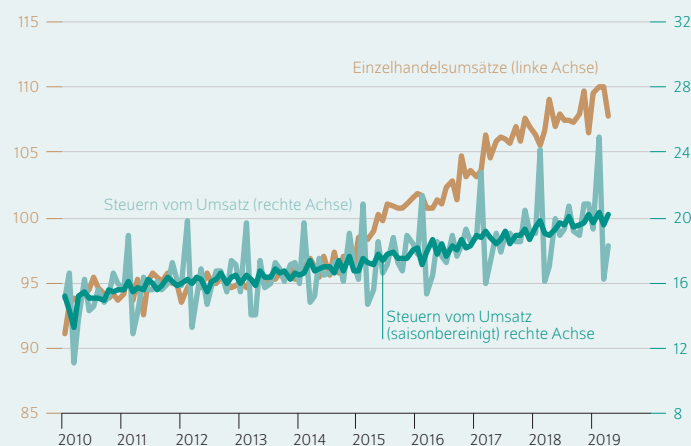
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



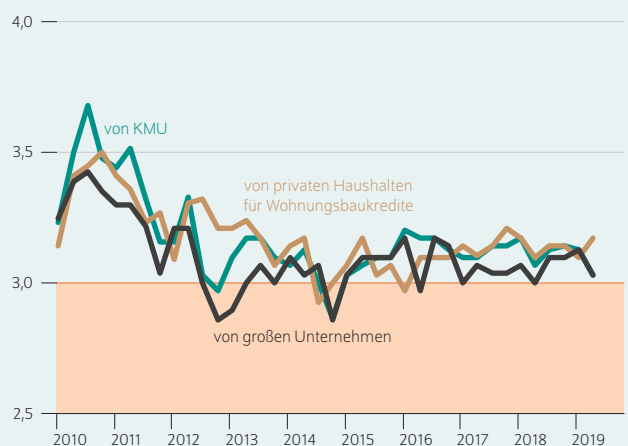
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



INTERVIEW



Dr. Claus Michelsen, Leiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

„Die Wirtschaft profitiert stark davon, dass viele Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind“

1. Herr Michelsen, das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat zuletzt deutlich an Schwung verloren. Wird das in diesem Jahr so weitergehen? Wir haben in der Tat eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Das hat sich schon im vergangenen Jahr abgezeichnet, als die Auftragseingänge und die Industrieproduktion graduell immer mehr abgeschmolzen und dann im Sommer auch das Wirtschaftswachstum zum Erliegen gekommen ist. Das Jahr 2019 ist dann aber äußerst positiv gestartet.

2. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie? Wir rechnen in diesem Jahr mit einem Wachstum von 0,9 Prozent. Damit bestätigen wir im Grunde genommen unsere Einschätzung aus dem Frühjahr. Für das kommende Jahr erwarten wir ein Wachstum von 1,7 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass es einen Kalendereffekt gibt, denn wir haben im Jahr 2020 mehr Arbeitstage zur Verfügung.

3. Bleibt der private Konsum eine tragende Säule des Wachstums? In der Tat ist der private Konsum gerade die Stütze der deutschen Wirtschaft, denn die Industrieproduktion ist nach wie vor relativ schwach. Wir erleben auch eine relativ kräftige Investitionstätigkeit der Unternehmen und eine boomende Bauwirtschaft. All das trägt unsere Konjunktur und das Wachstum in diesem Land. Das Auslandsgeschäft bereitet uns allerdings Sorgen.

4. Wie sieht es im Bereich der Investitionsgüter aus? Die Produktion von Maschinenanlagen und Fahrzeugen hat sich deutlich verlangsamt. Das hängt damit zusammen, dass der Welthandel, von dem wir besonders stark abhängig sind, nicht so gut läuft, wie wir uns das wünschen würden. Die Wirtschaft ist durch Unsicherheiten belastet. Die Handelskriege spielen da eine ganz wichtige Rolle. Zwischen China und den USA hat es eine neue Stufe der Eskalation gegeben, Mexiko ist in das Fadenkreuz der US-Administration geraten, auch Europa werden Strafzölle angedroht und der Fortgang innerhalb der Europäischen Union ist unklar. All das lastet auf der Investitionsgüternachfrage und auf der Produktionsseite hierzulande.

5. Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise und die Inflation in Deutschland? Wir sehen momentan eine wieder eher moderate Teuerungsrate. Die Kernrate, ohne Energiepreise und Nahrungsmittel, ist weiter auf einem sehr geringen Niveau. Das wird sich auch im kommenden Jahr nicht beschleunigen. Die etwas stärkere Teuerung zu Jahresbeginn ist vor allen Dingen auf die Ölpreisentwicklung zurückzuführen. Gleichzeitig sind aber die Nahrungsmittelpreise leicht gesunken, sodass sich das in etwa ausbalanciert. Alles in allem rechnen wir damit, dass die Teuerungsrate die Zwei-Prozent-Marke, die Zielinflation der EZB, in Deutschland und auch im Euroraum nicht erreichen wird.

6. Wie ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland? Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr gut. Der Beschäftigungsaufbau geht weiter, wenngleich das Tempo etwas zurückgegangen ist. Gerade im Bereich der Industrie werden weniger offene Stellen gemeldet. Das ist aber immer noch Jammern auf hohem Niveau, denn wir werden eine Arbeitslosenquote erreichen, die einen Tiefstand seit der Wiedervereinigung darstellt. 4,6 Prozent erwarten wir für das kommende Jahr, das ist schon sehr gut.

7. Der Arbeitsmarkt ist also nicht durch Zuwanderung unter Druck geraten? Im Gegenteil, die deutsche Wirtschaft hat stark davon profitiert, dass die Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind. Vieles von dem was wir jetzt produzieren, können wir nur deshalb produzieren, weil wir gute Fachkräfte vor allem aus Europa dazu bekommen haben. Uns bereitet eher Sorgen, dass die Zuwanderung nicht mehr so stark ausfällt, wie in den vergangenen Jahren, denn wir gehen in eine Phase der Alterung und des demografischen Wandels, die sich dann auch in einem sinkenden Arbeitskräftepotenzial niederschlagen wird.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	1,0	0,5	1,4	1,2	1,1	0,9	0,6	0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,4	−0,1	−1,0	0,3	0,5	0,6	−0,7	−0,3	−1,8
Arbeitstage	−0,3	0,0	1,5	−0,5	−0,1	−0,8	0,8	0,5	2,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,4	0,9	1,0	1,3	1,6	0,8	0,9	0,8	1,2
Produktivität¹	0,0	0,0	0,8	0,5	−0,6	−0,5	0,5	0,9	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,9	1,7	1,9	1,0	0,3	1,4	1,6	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 437,1	2 517,2	2 596,9	1 193,5	1 243,6	1 229,9	1 287,3	1 268,3	1 328,5
Private Haushalte²	1 775,9	1 827,4	1 877,3	873,0	902,9	895,9	931,5	919,2	958,2
Staat	661,2	689,8	719,5	320,5	340,7	334,0	355,8	349,1	370,4
Anlageinvestitionen	703,4	748,2	789,4	338,0	365,4	358,8	389,5	377,9	411,6
Ausrüstungen	225,7	234,0	244,4	107,9	117,7	110,9	123,1	115,4	129,0
Bauten	350,6	383,1	408,8	168,1	182,5	184,1	199,0	196,2	212,5
Sonstige Anlageinvestitionen	127,1	131,2	136,3	62,0	65,2	63,8	67,4	66,3	70,0
Vorratsveränderung³	16,3	−8,8	−8,6	9,0	7,2	3,4	−12,2	4,2	−12,8
Inländische Verwendung	3 156,8	3 256,6	3 377,7	1 540,6	1 616,2	1 592,1	1 664,5	1 650,4	1 727,3
Außenbeitrag	229,2	228,0	229,7	131,3	97,9	119,8	108,2	121,1	108,6
Exporte	1 590,2	1 626,7	1 682,2	791,8	798,4	804,5	822,1	828,2	854,0
Importe	1 361,0	1 398,7	1 452,5	660,5	700,5	684,7	714,0	707,1	745,4
Bruttoinlandsprodukt	3 386,0	3 484,6	3 607,5	1 671,8	1 714,2	1 711,9	1 772,7	1 771,6	1 835,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,8	3,3	3,2	3,0	2,6	3,0	3,5	3,1	3,2
Private Haushalte²	2,5	2,9	2,7	2,8	2,2	2,6	3,2	2,6	2,9
Staat	3,5	4,3	4,3	3,5	3,5	4,2	4,4	4,5	4,1
Anlageinvestitionen	5,7	6,4	5,5	5,3	6,0	6,1	6,6	5,3	5,7
Ausrüstungen	4,9	3,7	4,4	5,6	4,2	2,7	4,6	4,0	4,8
Bauten	7,3	9,3	6,7	6,1	8,5	9,5	9,0	6,6	6,8
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	3,2	3,9	2,6	2,7	2,9	3,4	3,9	3,9
Inländische Verwendung	4,2	3,2	3,7	3,7	4,7	3,3	3,0	3,7	3,8
Exporte	3,1	2,3	3,4	3,8	2,5	1,6	3,0	2,9	3,9
Importe	5,2	2,8	3,8	3,8	6,5	3,7	1,9	3,3	4,4
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,9	3,5	3,7	2,9	2,4	3,4	3,5	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 181,2	2 213,3	2 243,9	1 076,6	1 104,6	1 089,6	1 123,7	1 103,7	1 140,3
Private Haushalte²	1 612,2	1 636,5	1 657,1	795,7	816,4	805,0	831,5	813,9	843,2
Staat	568,6	576,3	586,3	280,7	287,9	284,3	292,0	289,4	296,8
Anlageinvestitionen	608,4	628,0	648,0	294,3	314,1	302,4	325,7	311,2	336,8
Ausrüstungen	216,3	223,1	232,1	103,4	112,9	105,4	117,7	109,2	122,8
Bauten	280,8	292,9	301,4	136,3	144,5	142,1	150,8	145,8	155,6
Sonstige Anlageinvestitionen	112,1	112,6	115,4	54,9	57,2	54,9	57,7	56,3	59,1
Inländische Verwendung	2 785,3	2 823,0	2 873,8	1 374,6	1 410,7	1 393,8	1 429,1	1 417,5	1 456,3
Exporte	1 486,8	1 507,2	1 553,0	744,4	742,4	746,2	761,0	765,3	787,7
Importe	1 299,9	1 333,2	1 379,1	635,1	664,8	652,8	680,5	671,9	707,2
Bruttoinlandsprodukt	2 974,2	3 000,2	3 051,9	1 483,8	1 490,4	1 488,3	1 511,9	1 512,2	1 539,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	1,5	1,4	1,4	0,8	1,2	1,7	1,3	1,5
Private Haushalte²	1,1	1,5	1,3	1,5	0,7	1,2	1,9	1,1	1,4
Staat	1,0	1,4	1,7	1,0	1,1	1,3	1,4	1,8	1,7
Anlageinvestitionen	2,6	3,2	3,2	2,5	2,7	2,7	3,7	2,9	3,4
Ausrüstungen	4,2	3,1	4,0	5,1	3,4	1,9	4,2	3,6	4,4
Bauten	2,4	4,3	2,9	1,7	3,1	4,2	4,4	2,6	3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	0,5	2,4	0,4	0,4	0,1	0,8	2,5	2,4
Inländische Verwendung	1,9	1,4	1,8	1,7	2,2	1,4	1,3	1,7	1,9
Exporte	2,0	1,4	3,0	3,2	0,8	0,2	2,5	2,6	3,5
Importe	3,3	2,6	3,4	3,1	3,5	2,8	2,4	2,9	3,9
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,9	1,7	1,9	1,0	0,3	1,4	1,6	1,8

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,4	1,4	1,5	1,3	1,5	1,4	1,3	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,9	2,5	2,5	2,4	2,9	3,0	2,7	2,4
Anlageinvestitionen	2,9	3,0	2,3	2,7	3,2	3,3	2,8	2,3	2,2
Ausrüstungen	0,6	0,6	0,4	0,4	0,8	0,8	0,3	0,4	0,4
Bauten	4,8	4,7	3,7	4,4	5,2	5,1	4,5	3,9	3,5
Exporte	1,1	0,9	0,4	0,5	1,7	1,4	0,5	0,4	0,4
Importe	1,8	0,2	0,4	0,7	2,9	0,9	−0,4	0,3	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,0	1,8	1,8	1,9	2,1	1,9	1,9	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 356,0	2 433,0	2 499,3	1 165,9	1 190,1	1 208,0	1 225,0	1 236,1	1 263,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,3	333,1	341,7	151,6	161,8	163,6	169,5	166,4	175,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 432,8	1 491,3	1 543,4	682,6	750,2	713,0	778,3	739,1	804,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	610,0	608,6	614,2	331,8	278,1	331,4	277,2	330,7	283,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	502,4	501,1	533,1	234,5	267,9	220,9	280,2	240,3	292,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 858,4	2 934,1	3 032,4	1 400,4	1 458,0	1 428,9	1 505,2	1 476,5	1 555,9
Abschreibungen	600,0	627,4	654,4	296,8	303,2	310,9	316,5	324,3	330,1
Bruttonationaleinkommen	3 458,5	3 561,5	3 686,7	1 697,2	1 761,2	1 739,8	1 821,6	1 800,8	1 886,0
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 532,0	2 599,2	2 688,1	1 237,1	1 294,9	1 261,4	1 337,8	1 304,9	1 383,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	785,9	774,8	803,0	403,0	382,9	384,8	390,0	399,4	403,6
Arbeitnehmerentgelt	1 746,1	1 824,4	1 885,1	834,1	912,0	876,6	947,8	905,5	979,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,8	3,3	2,7	4,2	3,4	3,6	2,9	2,3	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	6,3	2,6	3,6	3,8	7,9	4,8	1,7	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,1	3,5	4,7	4,9	4,5	3,7	3,7	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	−0,2	0,9	3,5	−0,8	−0,1	−0,4	−0,2	2,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	−0,2	−0,2	6,4	0,1	−0,4	−5,8	4,6	8,8	4,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	2,6	3,3	3,5	2,7	2,0	3,2	3,3	3,4
Abschreibungen	4,7	4,6	4,3	4,5	4,9	4,8	4,4	4,3	4,3
Bruttonationaleinkommen	3,4	3,0	3,5	3,7	3,0	2,5	3,4	3,5	3,5
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,1	2,7	3,4	3,6	2,6	2,0	3,3	3,4	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	−0,2	−1,4	3,6	1,7	−2,1	−4,5	1,8	3,8	3,5
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,5	3,3	4,5	4,7	5,1	3,9	3,3	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 400,3	1 465,3	1 515,8	673,1	727,2	705,1	760,2	731,1	784,7
Nettolöhne- und -gehälter	945,4	985,1	1 018,3	445,6	499,8	466,9	518,2	483,8	534,5
Monetäre Sozialleistungen	579,6	609,4	631,3	289,4	290,2	302,4	307,0	313,8	317,5
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	124,7	129,2	133,9	61,9	62,8	64,2	65,0	66,5	67,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	610,0	608,6	614,2	331,8	278,1	331,4	277,2	330,7	283,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	−80,3	−84,3	−85,4	−42,1	−38,2	−43,3	−41,0	−42,4	−43,0
Verfügbares Einkommen	1 930,0	1 989,5	2 044,6	962,9	967,1	993,2	996,3	1 019,4	1 025,2
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,8	53,6	54,3	26,1	26,8	26,4	27,1	26,8	27,5
Konsumausgaben	1 775,9	1 827,4	1 877,3	873,0	902,9	895,9	931,5	919,2	958,2
Sparen	206,9	215,7	221,5	115,9	91,0	123,7	91,9	127,0	94,5
Sparquote in Prozent ⁷	10,4	10,6	10,6	11,7	9,2	12,1	9,0	12,1	9,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	4,6	3,4	3,8	4,0	4,8	4,5	3,7	3,2
Nettolöhne- und -gehälter	4,7	4,2	3,4	4,6	4,8	4,8	3,7	3,6	3,2
Monetäre Sozialleistungen	2,6	5,1	3,6	2,4	2,7	4,5	5,8	3,8	3,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,6	3,6	3,6	3,4	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	−0,2	0,9	3,5	−0,8	−0,1	−0,4	−0,2	2,3
Verfügbares Einkommen	3,2	3,1	2,8	3,4	3,0	3,1	3,0	2,6	2,9
Konsumausgaben	2,5	2,9	2,7	2,8	2,2	2,6	3,2	2,6	2,9
Sparen	9,0	4,2	2,7	7,4	11,1	6,8	1,0	2,6	2,9

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	801,0	821,3	845,6	404,4	396,6	413,9	407,5	425,1	420,5
direkte Steuern	445,3	456,3	470,2	227,3	217,9	232,2	224,1	238,8	231,5
indirekte Steuern	355,8	365,1	375,3	177,1	178,7	181,7	183,4	186,3	189,0
Nettosozialbeiträge	571,6	594,4	616,8	276,7	294,9	287,7	306,6	298,7	318,1
Vermögenseinkommen	18,4	18,7	18,6	11,4	7,0	11,8	6,9	11,7	6,8
Laufende Übertragungen	24,8	24,4	24,8	11,6	13,2	11,5	12,8	11,7	13,1
Vermögenstransfers	13,0	11,9	12,1	5,5	7,4	5,7	6,2	5,8	6,3
Verkäufe	115,9	120,1	123,0	54,4	61,6	56,8	63,3	58,2	64,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1544,9	1591,0	1641,0	764,1	780,8	787,6	803,4	811,3	829,7
Ausgaben									
Vorleistungen	163,0	169,9	175,8	73,9	89,1	77,5	92,4	80,4	95,4
Arbeitnehmerentgelte	256,0	266,0	276,4	123,1	132,9	127,9	138,1	133,1	143,3
Soziale Sachleistungen	286,1	297,8	309,4	142,0	144,1	147,6	150,2	153,7	155,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,3	29,9	28,7	16,0	15,3	15,2	14,6	14,8	13,9
Subventionen	29,3	30,2	31,1	13,7	15,6	14,2	16,0	14,7	16,4
Monetäre Sozialleistungen	520,1	546,8	566,4	259,8	260,3	271,4	275,4	281,6	284,8
Sonstige laufende Transfers	83,1	89,8	94,6	40,6	42,4	44,0	45,8	46,3	48,3
Bruttoinvestitionen	78,6	85,5	90,9	34,0	44,6	36,9	48,5	39,5	51,4
Vermögenstransfers	41,2	36,0	37,0	13,2	27,9	12,5	23,5	12,9	24,1
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,3	−1,3	−1,3	−0,6	−0,7	−0,6	−0,7	−0,6	−0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1487,6	1550,7	1609,1	716,0	771,6	746,7	803,9	776,5	832,7
Finanzierungssaldo	57,3	40,3	31,8	48,1	9,2	40,9	−0,6	34,8	−3,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,5	2,5	2,9	5,4	3,6	2,3	2,7	2,7	3,2
direkte Steuern	5,7	2,5	3,1	7,7	3,7	2,1	2,8	2,8	3,3
indirekte Steuern	3,1	2,6	2,8	2,7	3,5	2,6	2,6	2,5	3,1
Nettosozialbeiträge	4,2	4,0	3,8	4,1	4,3	4,0	4,0	3,8	3,8
Vermögenseinkommen	15,6	1,8	−0,8	31,6	−3,5	3,5	−0,9	−0,7	−1,1
LaufendeÜbertragungen	13,8	−1,7	1,7	18,2	10,1	−0,5	−2,7	1,7	1,7
Vermögenstransfers	27,2	−8,2	1,7	14,7	38,4	3,7	−17,1	1,6	1,8
Verkäufe	4,6	3,6	2,4	3,6	5,5	4,6	2,7	2,4	2,4
Sonstige Subventionen	−9,5	−2,2	0,0	−4,4	−13,6	−4,6	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,8	3,0	3,1	5,3	4,3	3,1	2,9	3,0	3,3
Ausgaben									
Vorleistungen	4,3	4,2	3,5	3,2	5,3	4,8	3,7	3,7	3,3
Arbeitnehmerentgelte	3,7	3,9	3,9	4,1	3,4	3,9	3,9	4,1	3,8
Soziale Sachleistungen	2,8	4,1	3,9	2,8	2,7	3,9	4,2	4,1	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−7,4	−4,5	−4,0	−9,7	−5,0	−4,6	−4,4	−2,8	−5,3
Subventionen	3,4	3,0	2,8	−0,9	7,5	3,3	2,7	3,2	2,4
Monetäre Sozialleistungen	2,8	5,1	3,6	2,6	3,0	4,5	5,8	3,8	3,4
Sonstige laufende Transfers ⁹	7,9	6,7	4,8	0,8	7,0	3,3	3,4	2,3	2,4
Bruttoinvestitionen	8,5	8,7	6,4	9,2	8,0	8,7	8,8	7,0	5,9
Vermögenstransfers ⁹	−2,8	−5,2	1,0	−40,4	28,4	−5,6	−16,0	3,0	2,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,3	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	−3,5	4,2	9,6	−8,1	0,0	0,0
Insgesamt	3,3	4,2	3,8	1,5	5,1	4,3	4,2	4,0	3,6

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



MARIUS CLEMENS

Ein Punktesystem würde Deutschland mehr ausländische Fachkräfte bringen als das neue Gesetz

Dr. Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Nach langem Hin und Her hat sich die Bundesregierung zu einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz durchgerungen. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten erleichtert werden soll. Die Menschen und deren kulturelle Vielfalt bereichern Deutschland, und wirtschaftlich profitieren wir alle: Zuwanderer können Arbeitsmarktengpässe abmildern – also die Jobs annehmen, für die es hierzulande nicht genug geeignete Bewerberinnen und Bewerber gibt. Entweder, weil die Konjunktur punktuell so brummt, dass kurzfristig nicht alle Stellen besetzt werden können. Oder, weil wir langfristig als älter werdende Gesellschaft schlichtweg nicht mehr genug Nachwuchs für bestimmte Berufe haben.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU hat uns einen Vorgeschmack gegeben. EU-Zuwanderung hat in den vergangenen Jahren erfolgreich konjunkturelle Engpässe entschärft und, wie unsere Arbeiten gezeigt haben, das Wirtschaftswachstum in Deutschland jedes Jahr seit 2011 um einige Zehntel Prozentpunkte angekurbelt. Es macht Sinn: ausgebildete Fachkräfte, die in ihrem Land keinen (geeigneten) Job finden – man denke an junge Menschen aus Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit in manchen Jahren 50 Prozent erreichte – stellen ihre Arbeitskraft in boomenden Regionen (Deutschland) zur Verfügung.

Umso besser, wenn das jetzt Menschen aus Drittstaaten möglich gemacht wird. Aus dieser konjunkturellen Perspektive ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sicher als Erfolg zu werten: Kurzzeitige Engpässe auf dem Arbeitsmarkt werden so noch besser abgedeckt als bisher. Davon profitieren insbesondere Industriezweige, die sehr stark auf die Konjunktur reagieren, zum Beispiel die Metall- und Elektroindustrie. Verschiedene Neuerungen, wie der Wegfall der Vorrangprüfung, die Möglichkeit vor Ort eine Beschäftigung zu suchen, sowie die schnellere Überprüfung und Anerkennung von Qualifikationen, werden sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Suchkosten reduzieren, so dass ausländische Arbeitskräfte schneller für den Arbeitsmarkt verfügbar sind. Dass keine starre Liste von Engpassberufen definiert wurde, er-

laubt es, dass die Zuwanderung flexibler auf den tatsächlichen Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft reagiert.

Ein primäres Ziel des neuen Regelwerkes ist es, *langfristig* qualifizierte Fachkräfte anzuwerben. Dafür ist es wichtig, einen einheitlichen rechtlichen Rahmen und klare, allgemeine Regeln zu schaffen. In Zukunft muss Deutschland nämlich verstärkt um internationale Fachkräfte werben. Untersuchung der OECD und der Bertelsmann Stiftung zeigen, dass andere Länder für qualifizierte Fachkräfte mittlerweile deutlich attraktiver sind.

Diesem zweiten Ziel wird der Text nur bedingt gerecht. Denn das Gesetz ist kleinteilig und intransparent, was die längerfristige Perspektive betrifft.

Dabei ließe sich die Unsicherheit einfach reduzieren, und zwar mit der Aufstellung eines transparenten Punktesystems, wie es Australien und Kanada verwenden. Ein solches System hätte den Vorteil, dass klare Kriterien für beide Seiten gelten: Jeder weiß, worauf er sich einlässt. Das Punktesystem könnte verschiedene qualitative Kriterien abdecken und sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. Wichtig wäre dabei, dass potenziellen Zuwanderer bereits vor der Ausreise neben wichtigen Informationen zum deutschen Arbeitsmarkt und offenen Stellen auch das Ergebnis des Anerkennungsverfahrens erhalten. Mit einem transparenten Punktesystem kann dieses Resultat auch einfach nachvollzogen werden.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist in der jetzigen Form ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings dürfte es in normalen Zeiten nur wenige zusätzliche Menschen von einem Zuzug überzeugen. Der Erfolg des Gesetzes wird vor allem davon abhängen, wie die Anerkennung der Qualifikation konkret umgesetzt wird. Nur wenn Einwanderungskandidaten glaubhaft vermittelt werden kann, dass sie auch eine realistische Chance haben, eine ihrer fachlichen Qualifikationen entsprechende Arbeit aufzunehmen, werden auch dauerhaft mehr kommen.